

Anzeigenpreise: Die gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 175.— Markt, Stellen- und Wohnungsgehalte, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 70.— Markt. Kleine Anzeigen per Wort 15.— Markt. — Kellamapreis: Die Millimeterzeile 4 gespalten oder deren Raum im Text 500.— Markt.

Schlesische

Verkaufspreis: Durch Austräger Einzelnummer 300 Mt. 1800.— Mt. pro Woche. Durch die Post 6500.— Mt. pro Monat und Quittung des Differenzbetrages für Monat Juli.— Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstr. 60 Postfach 200. — Breslau Nr. 310 69. — Fernspr.: Breslau, Ring 8897

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 145.

Montag, den 25. Juni 1923.

5. Jahrgang.

Nieder mit dem Faschismus!

Die Grubenbarone diktieren / Höhere Preise, geringe Lohnerhöhungen Stinnes schiebt Devisen

Die Grubenbarone diktieren 52 Prozent Kohlenpreiserhöhung

Der Reichshohlema hat eine neue 45- bis 52prozentige Kohlenpreiserhöhung beschlossen. Damit steigt der Kohlenpreis zum Teil bis über das 40 000fache der Vorkriegszeit. Erst vor etwa 14 Tagen ist ebenfalls eine 52prozentige Preiserhöhung erfolgt. Die Kohlenpreiserhöhung ruft natürlich weitere Erhöhungen auf allen Gebieten hervor und zeigt damit, daß trotz aller Redereien von der Stützungsaktion der Inwendert der Markt weiter sinkt.

Die Lohnerhandlungen im Bergbau

Nachdem am Freitag für den rheinisch-westfälischen Bergbau ab 25. Juni eine Lohnerhöhung von 25 000 Markt vereinbart wurde, sollen nun die übrigen Reviere folgende Schichtzuschläge erhalten: Oberschlesischer Steinkohlenbergbau 22 250 Mt., Sächsischer Steinkohlenbergbau 20 400 Mt., Niederschlesischer Steinkohlenbergbau 20 200 Markt, Mitteldeutscher Braunkohlenbergbau (Kernrevier) 20 000 Mt., Sächsischer Steinkohlenbergbau 19 900 Mt., Niederschlesischer Steinkohlenbergbau 18 800 Mt., Bayerischer Bergbau (Vestphale) 19 800 Mt., Steinkohle 17 400 Mt., Braunkohle 18 500 Mt. Diese Sätze entsprechen nicht entfernt den Preissteigerungen. Besonders fällt auf, daß die Gleichstellung der ober-schlesischen Bergleute mit den Ruhrbergleuten wieder ausgegeben wurde, denn nur unter dem Druck des Streites wurde sie bei den letzten Verhandlungen erreicht. Bis zum 27. Juni sollen die Parteien sich entscheiden. Es ist zweifelhaft, ob die Bergarbeiter die ungenügenden Sätze annehmen werden.

Karabinieri gegen das hungernde Volk

Der Kontrollauschuss hilft

Am Sonnabend morgen wiederholten sich auf dem Markt in Halle die Kartoffelkrawalle. Hunderte von Frauen und Männern warteten seit den frühesten Morgenstunden auf Kartoffeln. Die Empörung der hungrigen Menschen war groß.

Um die „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten, hat der sozialdemokratische Polizeipräsident mit Carabinieri und Maschinenpistolen ausgerüstete Schupo entsandt. Mit rüchschlöser Gewalt wurden die Frauen, die nicht gedrängt den einzigen Kartoffelhändler umstanden, zurückgestoßen.

Ohnmächtige und schluchzende Frauen, weinende Kinder charakterisieren das Bild des raffen Hungergespenstes.

Berhaftungen wurden vorgenommen. Die Verhafteten wurden von der empörten Menge wieder herausgefordert.

Kurz nach 10 Uhr waren keine Kartoffeln mehr zu haben. Viele hundert Frauen warteten noch.

Unter dem Ruf: „Zum Magistrat“ zog die Masse zum Rathaus. Sie verlangten sofortige Beschlagnahme der Kartoffeln bei den Großhändlern. Der temperamentvolle sozialdemokratische Polizeipräsident war mit seiner rüchschlösern Polizei sofort zur Stelle.

Unterdessen war es dem Kontrollauschuss gelungen, größere Mengen Kartoffeln ausfindig zu machen und sie der Beschlagnahme zu überweisen. Nur dem Kontrollauschuss ist es zu verdanken, daß die Kartoffeln aus den Lagern der Großhändler herausgenommen sind.

Die Gelsenkirchener Sicherheitswehr an die Arbeiterklasse

Gelsenkirchen, 25. Juni.

Die Gelsenkirchener Sicherheitswehr, die seit den letzten Unruhen den öffentlichen Ordnungsdienst versieht und aus Arbeitern aller gewerkschaftlichen Richtungen besteht, soll durch blaue Polizei ersetzt werden. Sie wendet sich in einem Aufruf an die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands, in dem sie erklärt, daß sie sich auf keinen Fall abbauen lassen wird, im Gegenteil, in allen Gebieten des Deutschen Reiches müßte eine ähnliche Wehr eingerichtet werden.

Die Regierung hält zähe an ihrer Absicht fest, den gewerkschaftlichen Selbstschutz in Gelsenkirchen durch Polizei zu ersetzen. Im Einvernehmen mit den Staatsbehörden und selbstverständlich auch mit den französischen Generalen, soll möglichst schnell blaue Polizei in Gelsenkirchen einrücken. Der Oberbürgermeister soll die Aufgaben des Polizeipräsidenten ausüben. Die Polizisten erhalten mit Erlaubnis der französischen Offiziere Schwerk- und Fechtwaffen — gegen die deutschen Arbeiter.

In Venen ist von den örtlichen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften aller Richtungen ein Ordnungsdienst eingerichtet worden.

Kartoffeldemonstrationen in Kiel

In Kiel ist es in den letzten Tagen verschiedentlich zu Demonstrationen der Hausfrauen gekommen. So wurden am Sonnabend im Anschluß an eine Auseinandersetzung auf dem Fischmarkt die Frauen auf der Germania werft wegen Wirtschaftshilfe für ihre Männer vorstellig. Am Montag zogen die Frauen zur Reichswehr, wo unsere Genossen Totet von einem Spioneamt schwer mißhandelt wurde. Am Dienstag sammelten sich die Frauen auf dem Vinesaplag und zogen vor das Rathaus, um billige Kartoffeln zu erhalten. Unter der Leitung der Hausfrauenkommission wurde erzwungen, daß ein am Güterbahnhof stehender Wagon mit Kartoffeln beschlagnahmt und verladen wurde.

Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl in Bentzen

Bei der am Sonntag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurden 16 063 gültige Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 50%. Es erhielten:

Partei	Stimmen	Sitze
S. P. D.	1270	1
S. P. D.	583	1
Mitgliederpartei	690	2
Zentrum	5737	17
Beamte- u. Angestelltenpartei	861	2
Deutsches Soziale	1849	5
Demokraten	1309	4
Deutsche Volkspartei	604	2
Deutschnationale	970	3

Das Ergebnis der Wahl zeigt, daß es für unsere Partei auch in Bentzen noch eine Menge Arbeit gibt. Das Zentrum, das als stärkste Fraktion aus den Wahlen hervorgegangen ist, vermag seinen Erfolg nicht der öffentlich geführten Wahlpropaganda, sondern der Beeinflussung durch Kirche und Reichstisch. Und trotzdem die Mehrzahl der Wähler Arbeiter sind, wird die Zentrumspartei eine der stärksten Stützen des Kapitals bilden. Hier gilt es für unsere Genossen, anzuknüpfen. Diese Wahl des Kapitals muß jetzt niedergedrungen werden.

Pariser Arbeiter gegen den Faschismus

Für gestern war vom gemeinsamen Aktionskomitee der KPD und der roten Gewerkschaften Frankreichs eine Demonstration gegen den Faschismus in Paris einberufen worden. Obwohl die Demonstration von der Polizei verboten war, war sie äußerst stark besucht.

Man versuchte, den Platz zu räumen und es kam zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten.

Massenmeeting gegen den Faschismus

In Rohnsdorf fand gestern eine von der KPD, Rheinland-Westfalen-Süd einberufene internationale Versammlung statt, die von über 30 000 Personen aus dem ganzen Bezirk besucht war. Es wurde eine gewaltige Demonstration gegen den Faschismus. Für die internationale Einheitsfront unter begeisterter Zustimmung der Masse sprachen ein Genosse aus England, Jugoslawien, Italien und Hamburg.

Die Schupo unterstützt die Fasisten

Gisleben, 25. Juni.

Am Sonntag kam es nach einer Fahnentwelle des Stahlhelmverbandes in Gisleben zu einem Zusammenstoß mit einem Trupp Arbeiter. Mehrere Jugendliche wurden betrunken, einer ins Wasser geworfen. Als die Stahlhelmlaute in die Flucht geschlagen wurden, schossen sie mit Revolvern und wurden dann noch von der Schupo unterstützt, die mit ihren Karabinern gegen die Arbeiter vorging.

Proletarische Rundgebung in Potsdam

Berlin, 25. Juni.

Für den gestrigen Sonntag war eine der üblichen Militärparaden, diesmal von den ehemaligen Gardejägern, angelegt. Die Potsdamer Gewerkschaften veranstalteten zusammen mit der KPD und SPD eine öffentliche Gegendemonstration, die stark besucht war, und in der sowohl der kommunistische wie auch der sozialdemokratische Redner die Potsdamer Arbeiterklasse aufforderte, einen proletarischen Selbstschutz gegen die Reaktion zu bilden. Der geplante Fasistenaufmarsch kam nicht zustande.

Der Wohltäter Stinnes

Aus dem Markkurz-Untersuchungsausschuss

In der gestrigen Sitzung des Markkurz-Untersuchungsausschusses waren zur Aufklärung der Stinneschen Devisenkäufe in der Woche vor dem 18. April Hugo Stinnes jun. von der Stinnes-Schiffahrt- und Uebelsee-Gesellschaft in Hamburg, der Generaldirektor M. Kroy von der Stinnes O. m. b. H., Abt. Berlin, der Reichshohlema-Kommissar und Vertreter des Eisenbahngenerals der Eisenbahn sowie nochmals der Redakteur O. E. von der „Frankfurter Zeitung“ erschienen. (Hugo Stinnes junior verhandelte zurzeit gerade mit dem Reichskriegsminister über die neue Stützungsaktion.) Von Seiten der Stinnes O. m. b. H. wurde die Vorladung vor dem Ausschuss dazu mißbraucht, um in einer außerordentlich provozierenden Weise gegen verschiedene Feststellungen zu polemisieren und einen Lobgesang auf die vaterländische und aufopferungsvolle Tätigkeit des Herrn Stinnes anzustellen. Nach einem woblausegearbeiteten Manuskript hielt der Generaldirektor Minow eine Rede in einem Ton, der vielleicht in Offiziersversammlungen üblich ist. Gegen diese Art der Ausführung wurden sowohl von den sozialdemokratischen, sowie den kommunistischen Mitgliedern härteste Einwendungen erhoben. Sachlich erklärte der Generaldirektor, daß tatsächlich am 12. April die Stinnes O. m. b. H. Berlin, bei 3 Banken nach 93 000 Pfund gefragt habe, und zwar in der Zeit zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags, also nach Schluß der offiziellen Börsestunden und nach Feststellung des amtlichen Börsennotizes. Tatsächlich hat die Firma 60 000 Pfund gekauft, am 13. April nochmals 5950, am 16. 45 000 und am 17. 10 000 Pfund. Der Anlauf am 12. ist nach Angabe der Vertreter der Stinnes O. m. b. H. für die Bezahlung von Kohlen erfolgt, die der Reichshohlemaverwaltung geliefert werden sollten und deren Rechnung am

14. April fällig war. Da Ungewißheit darüber bestand, ob die Reichshohlemaverwaltung 93 000 Pfund zur Verfügung stellen konnte, habe ich die Stinnes O. m. b. H. auf jeden Fall einbinden wollen. Darüber hinaus erklärte der Generaldirektor Minow, daß die Stinnes O. m. b. H. über keinen Devisenbestand verfüge, nicht von der Hand in den Mund lebe, sondern sogar gewöhnlich die Schulden größer seien als die Guthaben der Gesellschaft. Für die Hamburger Gesellschaft erklärte Stinnes jun., daß er das Material über die Höhe der Käufe der Hamburger Gesellschaft nicht bei sich habe, aber daß ebenfalls auch bei der Hamburger Gesellschaft kein Devisenfondus bestehe, sondern im Gegenteil Devisen zur Befriedigung der Einfuhr gekauft werden müssen.

Die Vertreter der Devisenprüfungsstelle erklärten übereinstimmend, daß in den Tagen vor dem 18. April die Summe von 83 000 Pfund als sehr hoch zu bezeichnen ist, und daß die nachträgliche Umfrage ganz gewiß nicht als besonders geschickt zu bezeichnen sei und die Aufgabe der Reichsbank zur Stützungsaktion erheblich erschwert habe.

Gegenüber allen Einwänden der Vertreter der Stinnes O. m. b. H. blieben die Leiter der Devisenprüfungsstelle bei ihrer Behauptung. Der Redakteur O. E. wies darauf hin, daß eine Nachprüfung der Behauptung, daß die Firma Stinnes keinen Devisenfondus besitze, nicht ohne weitgehende Grundlage vor sich gehen könne, und daß aber, falls tatsächlich die Stinnes O. m. b. H. keine Devisen besitze, das darauf zurückzuführen sei, daß sie alle etwachen Devisen sofort in neue Geschäfte stecke, so z. B. die Aktien der Berliner Handelsgesellschaft im Oktober gegen Devisen erworben habe und auch bei der Erwerbung der Aktien der Kattowitzer Bergbau Akt.-Ges. und der Bismarckhütte vor einigen Tagen erhebliche Summen in fremden Wäleten zahlen mußte. Mit Recht sprach er seine Verwunderung darüber aus, daß kein Vertreter der Reichsbank zu dieser Sitzung eingeladen sei und über die Wirkungen der Umfragen der Firma Stinnes am 12. April auf die Stützungsaktion und den Markkurs Auskunft zu geben. Er hielt nach wie vor an Sitzung eingeladen sei um über die Wirkungen werden der Umfragen der Hugo Stinnes O. m. b. H. nach einem großen Pfundbetrag an der Börse zu erheblichen Devisenkäufen geführt und so mit die Katastrophe vom 18. April herbeigeführt habe.

In der Sitzung wurde noch bekannt, daß Stinnes sich brieflich und mündlich gegenüber dem Reichsfinanzminister und über die Art und den Grad der Stützungsaktion scharf abnehmend ausgesprochen habe. In dieser Frage wird Hugo Stinnes und der Reichsfinanzminister vor den Ausschuss geladen werden.

Die Frage, die bei der Sitzung zur Diskussion stand, ist nicht geklärt worden, im wesentlichen durch das Verdienst der bürgerlichen Vertreter. Vor allem muß die Frage der Zusammenarbeit der Reichsbank mit der Hugo Stinnes O. m. b. H. sowie die Frage des Verhältnisses zwischen der Eisenbahn und Reichsbank genau geprüft werden. Die Stinnespresse wird natürlich ebenso, wie schon jetzt die Stinnes-Korrespondenzbüros, versuchen, die gestrige Vernehmung als eine Entlastung von Stinnes anzusehen. Aus der eben gegebenen Darstellung ergibt sich, daß dies nicht stichhaltig ist.

Die ersten Wirkungen der Devisen-Berordnung

Berlin, 25. Juni.

Der Dollar wurde am Sonnabend auf etwas über 100000 herabgedrückt. In Börsenkreisen spricht man davon, daß dieser Fall durch Abgabe von bedeutenden Devisenmengen durch die Reichsbank erreicht worden sei. Die Maßnahme könne ebenso wie vor einem Vierteljahr, nur von kurzer Dauer sein.

Inzwischen wird ein schwarzer Handel mit Devisen auf dem Wege über das besetzte Gebiet eingerichtet und eine weit verbreitete schwarze Marktschwarzmarkt-Handel treibt sich. Die Nachrichtenkorrespondenz teilt bereits mit, daß sie anstelle der drei Verkehrskurse, die es nach der obligatorischen Einführung dieses amtlichen Einheitskurses nicht mehr gibt, sogenannte Schätzungen mit mutmaßlichen offiziellen Kursen ihren Abonnenten zugehen lassen wird.

Damit stehen also vorläufig die beiden ersten sichtbaren Resultate der famosen Devisenverordnung fest.

Erfreut: die Reichsbank wiederholt auf Neue ihre Willkürgehalte an die großen Spekulanten und zweitens: die schwarze Marktschwarzmarkt-Handel treibt sich den illegalen Handel.

Zum Breslauer Haushaltsetat

Wer zahlt in Breslau Steuern?

Da die Städte kein Recht haben, Zuschläge auf die Reichseinkommensteuer zu erheben, sind die Besiehenden in Breslau vollkommen von Steuern befreit. Alle Lasten werden auf die Masse der Verbraucher von Gas und Elektrizität abgewälzt. Wie der sozialdemokratische Statistiker Dr. J. K. feststellte und der Statistiker J. K. bestätigte, zieht die Stadt aus dem Gaswert

18 1/2 Milliarden Mark,

aus allen Steuern dagegen nur 9 Milliarden Mark. Davon sind die Hälfte Reichsteuern, so daß die Besiehenden in Breslau sage und schreibe 4 1/2 Milliarden Papiermark an Steuern aufbringen.

Die Gewerbesteuer, die im vorigen Jahre ein Gehalt aller städtischen Einnahmen brachte, hat der wohlthätige Magistrat der Geldentwertung nicht angehaßt. Die gesamte Summe für Gewerbesteuern ist im diesjährigen Etat mit dem lächerlich geringen Betrag von

2 1/2 Milliarden Mark

eingesetzt worden, während sie, wie der Statistiker feststellte, 19 Milliarden betragen müßte.

16 1/2 Milliarden (heißt) also der Magistrat den Gewerbetreibenden in Breslau, auch denen, die in der ersten Gewerbesteuerklasse stehen, die durch ihren Wucher und Spekulation das große Geld der arbeitenden Bevölkerung mit verschuldet haben und täglich steigern.

Die Kluststeuer

Kluststeuer nannte der Oberbürgermeister Wagner von Breslau im vorigen Jahre einmal die unerhörten Gebühren für Gas und Elektrizität, die die Massen der Bevölkerung aufzubringen haben. Jede erhöhte Ausgabe der Stadt, Lohnerhöhungen usw. werden auf Gas und Elektrizität mit ungeheurer Brutalität abgewälzt. Wie sich diese von 14 Tagen zu 14 Tagen, mitunter auch von Woche zu Woche erhöhten Verbrauchergebühren für Gas und Elektrizität auswirken, geht daraus hervor, daß bei einem durchschnittlichen Verbrauch einer

Privateinrichtung von 360 Kubikmetern Gas nach den Verhältnissen im März

194 040 Mark pro Jahr

zu zahlen sind. Diese Summe wird sich infolge der weiteren Erhöhungen der Gebühren sehr schnell auf das Doppelte erhöhen. Die Armen der Armen haben es sich längst abgewöhnt, müssen, ihre lässlichen Mahlzeiten auf Gas zu wärmen. Der Verbrauch an Gas und Wasser geht ständig zurück. Der Rückgang betrug im letzten Jahre

5 000 000 Kubikmeter,

das sind 11 Proz. des gesamten Verbrauches. Am unerhörtesten und schamlosesten ist aber, daß der Magistrat die kleinen Verbraucher zwingen will, ihren stark eingeschränkten Verbrauch wieder zu erhöhen. Er droht denjenigen Besiehenden von Gas, die ihren Verbrauch eingeschränkt haben, mit Entziehung und Abbruch der Anlage, angeblich deshalb, weil ihre Anlage unrentabel ist. Die Armen der Armen werden also durch Erpressung gezwungen, entweder ihren Verbrauch zu erhöhen oder zu verhungern.

Wer trägt daran die Schuld?

Die USPD-Fraktion in Breslau hat allen Beschlüssen auf Erhöhung der Gebühren für Gas, Wasser und Elektrizität zugestimmt. Sie ist daher mitverantwortlich dafür, daß Tausende von Gewerkslosen und Sozialrentnern verzwweifeln und verhungern. Nun behauptet der sozialdemokratische Statistiker, Herr Graf, die USPD bestünde sich in einer Zwangslage. Es bestände keinerlei Möglichkeit, den Etat zu balanzieren, weil die Stadt keine Möglichkeit hat, Zuschlagssteuern zu erheben. Demgegenüber steht aber fest, daß in Breslau nicht der Versuch gemacht wurde, die Besiehenden durch Erhöhung von indirekten Steuern, Grunderwerbsteuern usw. zu den Lasten der Gemeinde heranzuziehen. In anderen Städten hat man z. B. Dienstbotensteuern, Wohnungssteuern für Besitzer von größeren Wohnungen usw. erhoben.

(Fortf. folgt.)

Wie die neue „Stützungsaktion“ eingeleitet wird

Wie wir bereits gestern aus dem Bericht des Zentralausschusses der Reichsbank mitgeteilt haben, ist die Zunahme des Banknotenumlaufs einen neuen Rekord am 15. Juni erreicht. Wie der gestern veröffentlichte Reichsbankbericht vom 15. Juni zeigt, liegt der Bestand der Bank an Reichsbanknoten im Jahre 1918 bei 178 Milliarden Mark, das Konto an privaten Wechseln und Schecks um 414,9 Milliarden Mark, das Lombard-Konto um den dafür sehr hohen Betrag von 10,6 Milliarden Mark. Der Notenumlauf liegt um nicht weniger als 1395,5 Milliarden Mark auf 10 905 Milliarden Mark an. Der Goldbestand ist nach dem Ausweis unverändert.

Die Vermehrung des Banknotenumlaufs schwächt natürlich den Innenwert der Mark.

Arbeitsgemeinschaft und Löhne

Am Sonnabend besprach der engere Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft die Frage des Löhneindex. Eine Kommission bestehend aus vier Unternehmern und vier Gewerkschaftsvertretern wurde gewählt, die in den nächsten Tagen die Einzelheiten der Vorarbeiten prüfen soll, dann soll die Plenarsitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft sich mit dem Löhneindex befassen.

Aus diesen arbeitsgemeinschaftlichen Beratungen kann für die Arbeiter nichts herauskommen. Wenn die Unternehmer dem Löhneindex zustimmen, so nur, wenn der heutige Hunger-Lohn nicht erhöht wird und wenn sie weiterhin die Möglichkeit haben, die Arbeiter zu heizen.

Der „Vorwärts“ behauptet, daß die Gewerkschaften den Reallohn erhöhen wollten. Wenn das stimmt, so wären die Vorbereitungen zum geschlossenen Kampf getroffen worden. Der erste Schritt dazu ist aber selbstverständlich der Bruch mit dem arbeitsgemeinschaftlichen Schwandel.

Wenn die reformistischen Gewerkschaftsführer die Stimmung in den Betrieben lenken würden, könnten sie nicht schlechte Dinge darüber machen, daß die Delegierten den Kampf fordern. Das heute fehlt, ist nur die organisierte Zusammenfassung der zum äußersten getriebenen ausgehungerten Massen, deren Empörung sich andernfalls in unzähligen spontanen Explosionen auswirken muß. Werden die reformistischen Führer die Verantwortung dafür übernehmen, daß sie heute noch den organisierten Apparat der Gewerkschaften im Interesse des Unternehmertums lahmlegen? Dann werden sie von den arbeitenden Massen für die Folgen zur Rechenschaft gezogen werden.

Streik und Demonstration in Dübrenen

Der Bauarbeiterstreik hat trotz der Sabotage des Kreisleiters des SPD auch in Pöhlitz mit voller Macht eingeleitet.

Infolge einer geradezu ungeheuerlichen Herabsetzung der Arbeitslöhne durch die Behörden kam es in Marienburg zu einer Demonstration, die sich vom Stadionsplatz zum Rathaus und dann zurück zum Stadionsplatz bewegte. Die Staatsanwaltschaft hatte auf dem hiesigen Unterbahnhof 100 Zentner Karbolschlacke, die von der Staatsanwaltschaft zu verhängten Preisen an die Bevölkerung abgegeben werden sollten. Hunderte von Frauen hatten sich vor dem Stadionsplatz versammelt.

meist ein Zeichen für die furchtbare Notlage der arbeitenden Bevölkerung — als in letzter Minute von der Staatsanwaltschaft Mitteilung eintraf, daß mit dem Verkauf der Kartoffeln nicht begonnen werden dürfe. Dem Großhändler, dem sie abgenommen worden sind, habe gegen die Beschlagnahme Beschwerde erhoben, die nun erst von der Staatsanwaltschaft geprüft werden müsse. Bis dahin müßten die Kartoffeln liegen bleiben und auch der Einwand, daß sie verfaulen werden, könne daran nichts ändern. So läßt sich Staatsanwalt, Ernährungsamt und Magistrat von Marienburg bereitwillig von einem raffinierten Schieber auf der Nase herumtanzen.

Gegen eine solche Vorgehensweise der arbeitenden Bevölkerung zum Augen der Wächter hilft nur die Selbsthilfe des Proletariats. Nicht nur die arbeitenden Frauen, sondern die gesamte werktätige Bevölkerung muß aufmarschieren. Die Kontrollkommission der Arbeiter-Schaft müssen sich mit verstärkter Energie aus dem Werk machen, um mit harter Hand dort einzugreifen, wo die Beförden offensichtlich verlagern.

Hilfungen zum Bürgerkrieg

Im Staatsarchiv in Karlsruhe wird unter den Studenten ein Flugblatt verbreitet und am schwarzen Brett angehängt, in dem in unverkennbarer Weise gegen die bayerische Regierung gehetzt wird und in dem es dann heißt:

Karlsruher Studenten! Es bleibt nur noch wenig Zeit, Euch in den Dienst der vaterländischen und völkischen Sache zu stellen. Nur noch wenige Monate bleiben, bis wir gegen die Gemeinheit ins Gewehr treten, bis wir mit eisernen Beinen in Deutschland Ordnung schaffen.

Wählt Führer, bildet Hundertschaften,

Schafft Gewehr, laßt sie gebrauchen!

Burghen! Drum Kampf,

Kampf bis aufs Messer!

Laßt Euch nicht erschrecken, duldet es nicht, daß man Eure geliebte Kraft gegen den äußersten Feind verbluten läßt, ehe nicht im Interesse Deutschlands der jüdische Gift und der marxistische Wahn gebrochen sind. (!) Geht Euch nicht der Gefahr an, ein zweitesmal den Dolch im Rücken fassen zu müssen, denn Ihr werdet verbluten. Heißt Ordnung schaffen, seid kühnhaft, wie es die Burghen 1919 waren, und wenn wir wieder unbesiegt sind, wenn wir die Parasiten aus unserem Lande herper ausgehoben haben, dann Burghen.

Freiß auf zum frühlichen Jagen!

Es lautet der Tag!

Burghen heraus!

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Das ist offene Aufforderung zum bewaffneten Aufstand. Mit aller Verlässlichkeit wird der deutschen Arbeiterschaft durch dieses Dokument gezeigt, mit welcher Energie die Hitlerbanditen ihre Vorbereitungen treffen.

Der Anruf der Karlsruher Studenten nach die Räumungen an allen Orten zeigen der Ar-

beiter-Schaft die ungeheure Gefahr. Die Arbeiterschaft kann diesen Treiben nicht untätig zusehen, das durch Severings Verordnung gegen die proletarischen Hundertschaften erst neue Unterstützung fand. Die Arbeiterschaft muß sich klar sein, will sie nicht unter den blutigen Stiefeln des Faschismus geraten, so muß sie dem Aufmarsch der Reaktion die geschlossene proletarische Kampfesfront entgegenlegen und den Faschismus mit wuchtigen Schlägen zu Boden stampfen.

Was hast Du am Sonntag erreicht?

Wieviel Klassengenossen hast Du überzeugen können, daß sie die arbeitserfeindliche Presse aus ihrem Haus entfernen müssen?

Wieviel ausgefüllte Abonnementscheine hast Du abgeliefert?

Die Massen sprechen

2000 Hamburger Bauarbeiter demonstrieren am Dienstag, den 19. Juni, vor dem Verbandshaus dem Sitz des Bundesvorstandes des Deutschen Bauarbeiterbundes, gegen den Herauswurf von vier Verursachern: Preuß, Guttschick, Werloff und Jung. Die Demonstranten verlangten stürmisch, daß ein Bundesvorstandsmittglied über die Haltung des Bundesvorstandes Auskunft geben solle. Die Demonstration bestimmte eine Delegation, mit dem Bundesvorstand über die Zurücknahme der Ausschüsse zu verhandeln. Sie fand verflochtene Säure. Kein Mitglied des Bundesvorstandes ließ sich sehen, obwohl einwandfrei festgestellt ist, daß die Herren in Hause waren. Die Delegation setzte sich aus Mitgliedern

Beitrag zum Streit in Oberschlesien

Ein Mohr, der kein Mohr war und trotzdem gehen soll!

Aus den Kreisen des nationalen Selbstschutzes wird uns geschrieben:

Der Streit in Oberschlesien hat sicherlich auf der Seite der Arbeitgeber manche Enttäuschung gebracht, soweit es sich um den nationalen Selbstschutz handelt. Man muß bedenken, daß die Arbeitgeber es sich früher haben etwas kosten lassen, um ihre Kompagnien nach und nach auf den Werken zusammenzustellen. Werber wurden in Deutschland herumgeschickt, die uns für einen Kampf gegen Polen angeworben haben. Sobald wir in Oberschlesien eintrafen, wurden wir auf die Werke verteilt, weil der Kampf gegen Polen noch nicht perfekt sei. So wurde uns wenigstens damals gesagt. Auf den Werken selbst waren schon eine Reihe Kameraden vorhanden, die aus den früheren Kämpfen übriggeblieben waren. Vorläufig sollten wir eine Art Grabenwehr oder Fabrikwache darstellen. Es wurde uns erlaubt, daß wir uns stauf militärisch organisierten. Wir bildeten geschlossene Kompagnien unter Führung verschiedener Offiziere. Dabei wurden wir weiter den großen Verbänden zugewiesen.

In der ersten Zeit glaubten wir wohl alle, daß wir die deutsche Nation beschützen sollten. Aber schon nach einigen Monaten traten die Direktoren an uns heran und versuchten uns klarzulegen, daß es neben den Polen auch noch einen anderen Feind gibt, und zwar: die Arbeiter in den Betrieben selbst. Im ersten Augenblick haben wir diese Situation nicht voll begriffen. Das kam daher, weil wir ja eine zusammengewürfelte Masse waren, in der sich Teile der Intelligenz mit denen der Arbeiter mischten. Die Arbeiter des Selbstschutzes verstanden zuerst nicht, wenn ihr Führer, der in dem einen und anderen Falle zugleich der Sohn des Werksbesizers war, ihnen einredete, daß die Arbeiter viel schlimmer seien als die Polen. Es wurde dabei viel vom Kommunismus geredet, den wir vernichten müßten. Ich will dabei nicht anführen, was die Kommunisten alles für Schenlichkeiten betrubt haben sollten, weil ich heute weiß, daß dies alles Schwindel gewesen ist. Ich und meine Kameraden haben in diesem Streit die Arbeiter und besonders die Kommunisten kennengelernt. Es sind eben Arbeiter, wie jeder andere, nur daß sie mit demselben Idealismus für die Befreiung der Arbeiterschaft kämpfen, mit dem wir glaubten, für die deutsche Nation kämpfen zu müssen. Unser Idealismus hat freilich inzwischen ein großes Loch bekommen. Nicht erst heute, schon viel früher. Schon lange vor dem Streit mußten wir zu unserem Chef in dem Betriebe gehen, weil wir mit dem Geld nicht mehr auskamen. Als wir nichts bekommen wollten, wurden wir ein bißchen denklicher. Das war die Antwort: „Mit euch kommunistischen Verbänden will ich nichts mehr zu tun haben!“ Und da gingen uns plötzlich die Augen auf — also, das waren die Kommunisten

der der SPD und der KPD, zusammen. Die Demonstranten gelobten, nachdem der Kollege Setter, Mitglied der Hamburger Arbeiterschaft, über die Ergebnisslosigkeit ihrer Delegierten Bericht erstattet hatte, alles daran zu setzen, damit diese Ausschüsse rückgängig gemacht und die Einigkeit der Hamburger Bauarbeiter-Schaft gewahrt wird.

Dieser Demonstration war am Tage vorher eine von 2500 Bauarbeitern besuchte öffentliche Bauarbeiterversammlung vorausgegangen, in der der Landtagsabgeordnete, Genosse Schoenbeck-Berlin, das Referat hielt. Auch hier verpflichteten sich alle Anwesenden, die Einigkeit hoch zu halten und keinen „Mann über Bord“ gehen zu lassen.

Die Hamburger Bauarbeiter erkennen, daß bei dem heutigen Kampf um Sein oder Nichtsein des Proletariats mit der Bourgeoisie und dem Hamburger Bauunternehmertum ganz besonders der letzte Mann gebraucht wird. Sie können nicht dulden, daß ihre Reihen geschwächt werden. Auch die einzelnen Arbeitsstellen hatten nach Bekanntwerden des Ausschusses bereits Stellung genommen. Es gibt in Hamburg keine Belegschaft einer halbwegs größeren Firma, wo die Bauarbeiter-Schaft nicht wie ein Mann hinter den Ausgeschlossenen steht. Diese Tatsache, sowie auch der Besuch und die Stimmung der Versammlung, gekrönt durch die Demonstration, muß dem Bundesvorstand bewußt sein, daß die Zeiten vorbei sind, wo er mit den Bauarbeitern Schindluder treiben konnte.

Bei der Stadivervordnetenwahl in Oßelschütz wurden für die KPD 593, für die USPD 213 und für die Bürgerlichen 589 Stimmen abgegeben, so daß voraussichtlich die KPD 7, die USPD 8 und die Bürgerlichen 8 Sitze erhalten. Gegenüber der Wahl von 1921 haben die KPD 91, die USPD 48 und die Bürgerlichen 69 Stimmen mehr erhalten. Die KPD hat also den größten Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Aber damit war die „Aufklärung“ noch nicht vollständig. Als die Notlage der Arbeiter, natürlich auch unsere, immer schlimmer wurde, da sich der Sohn unseres Chefs einige von uns zu sich kommen und sagte: „Ihr werdet nun bald bereidigt werden. Er las uns dann die Gideformel vor. Gegen den ersten Teil hatten wir nichts einzusetzen, denn wir hatten uns ja zum Schutz der deutschen Nation bereitgefunden. Aber der letzte Absatz machte uns stuhig. Es wurde nämlich davon geredet, daß wir das Werk auch gegen jeden Angriff der Arbeiter (inneren Feind) schützen müßten, wenn die Arbeiter in den Zustand treten usw. Das konnte doch nur bedeuten, daß wir einmal Streikbrecher sein sollten, und auch eventuell mit der Waffe in der Hand gegen die hungernden Arbeiter vorgehen sollten.

Was war zu tun? Die Intelligenz unter uns sagte ja, die Arbeiter sagten nein!

Unsere „Gehorsamsverweigerung“ sollte uns teuer zu stehen kommen. Wir wurden jetzt genau wie die anderen Arbeiter geschuhriegelt. Freilich war das Ergebnis anders, als sich die Herren Chefs das gedacht hatten. Dieser Druck veranlaßte uns, immer mehr uns den anderen Arbeitern anzuschließen.

Dabei ist manchmal Direktor ein Malheur passiert. Auf einem Werk, der Name tut ja nichts zur Sache, weiß der Direktor noch nicht, daß unsere Partei mit der Arbeiterschaft gemeinsame Sache machen. Er läßt also unseren Führer zu sich kommen und ersucht ihn, den Betriebsrat zu übernehmen, damit die wenigen Arbeiter, die gewonnen waren, vor dem „Terror“ der Streikenden geschützt seien. Bis dahin war überhaupt kein Streikposten zu sehen, weil allenfalls die Einteilung noch nicht durchgeführt war. Nun, wir haben natürlich sofort dem Wunsch des Direktors entsprochen und der Erfolg war, daß am anderen Tage überhaupt kein Arbeiter mehr zur Arbeit erschienen ist.

Nun, nachdem der Kampf zu Ende ist, und wir beteuern haben, daß wir doch nicht ganz der Mohr sein wollten, der seine Schuldigkeit zu tun hat, sollen wir gehen. Wir werden freilich ebenso wenig gehen, als wir nicht zum Mohr geworden sind.

Aber einen Weg müssen wir sicher gehen, und das ist der zu unseren anderen Arbeitshilfen. Dabei wollen wir uns nicht daran stoßen, wenn sie uns gegenüber noch etwas mißtrauisch sind. Wir werden ja durch unsere Arbeit beweisen können, daß wir uns trotz alledem mit den ober-schlesischen Arbeitern eins fühlen.

Daher fordere ich meine Kameraden auf, schließt euch an die Arbeiter an, bildet mit ihnen eine gemeinsame Kampffront. Nicht die Polen, sondern die deutschen Unternehmer wollen uns gemeinsam unterdrücken. Und weil sie gemeinsam gegen die Arbeiter stehen, müssen auch wir gemeinsam mit den Arbeitern gegen die Unternehmer stehen.

Genosse Böttcher über Einheitsfront und Arbeiterregierung

Die zweite Sitzung der Erweiterten Zentralkomitee wird vom Genossen Kolarow eröffnet. Als erster Diskussionsredner spricht

Genosse Duret (Frankreich)

Duret stellt fest, daß die — allerdings notwendige — Aufforderung der sozialistischen Führer zur Anwendung der Einheitsfronttaktik mit Gefahren verbunden ist, die um so größer sind, als es sich um weniger erfahrene, weniger marxistisch durchgebildete Parteien handelt. Die Parole einer Arbeiter- und Bauernregierung hält er für an Gefahren reicher als die Parole der einfachen Arbeiterregierung. Es ist notwendig, zu betonen, daß die Arbeiter- und Bauernregierung nur auf revolutionärem Wege zu erreichen ist und nicht parlamentarisch sein wird. In der nationalen Frage offenbart sich eine starke Trägheit. Viele reuige frühere Sozialpatrioten, die jetzt in der kommunistischen Internationale sind, glauben, daß nationale Bewegungen unbedingt einen imperialistischen Charakter besitzen müssen.

Genosse Barga:

Die Parole Arbeiter- und Bauernregierung mußte klarer formuliert werden. Man muß einen Unterschied machen zwischen den arbeitenden Bauern und den ausbeutenden Bauern. Die arbeitenden Bauern, die durch die Steuern, die Tarifpolitik der Eisenbahnen, die Erbkasse und in manchen Ländern noch durch den feudalen Grundbesitz ausgebeutet werden, sind durch viele Bande mit dem Proletariat verbunden.

Abstrahiert diese Parole der Arbeiter- und Bauernregierung große Gefahren in sich. Wenn wir in Betätigung der Einheitsfrontparole uns mit den sozialdemokratischen Arbeitern vereinigen, so ist das ein Bündnis mit Klassengegenossen. Aber die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung bedeutet, daß wir ein Bündnis mit einer Klasse suchen, deren wirtschaftliche Lage von der des Proletariats verschieden ist. Die Bauern sind nicht so ausgebeutet wie das Proletariat. Die Bauernschaft hat noch nie in einem Lande auf die Dauer die Regierung behalten können. Sie muß von einer Klasse geführt werden. Für sie steht die Frage so, ob sie vom Kapital geführt werden soll, das sie ausbeutet, oder vom Proletariat, das sie nicht ausbeutet.

Wenn es gelingt, diesen Kongress zu überzeugen, daß das Bündnis der Arbeiterchaft mit der Bauernschaft absolut notwendig ist, dann wird diese Tagung einen Markstein in der Entwicklung unserer Bewegung bilden.

Genosse Urbani (Italien):

Urbani greift den Teil von Sinowjews Bericht an, der von Italien handelt.

Genosse Höglund (Schweden):

Genosse Höglund bemängelt am Bericht des Gen. Sinowjew, daß er bei der Schilderung der Lage in den skandinavischen Parteien meist nur das Negative hervorgehoben habe. Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung sei zweifellos richtig, doch dürfe man ihre Bedeutung nicht überschätzen. Das Wichtigste ist auch nicht die Herausgabe von neuen Parolen, sondern die Anspannung aller Kräfte für die energische Durchführung der alten Parolen.

Genosse Fall (Norwegen):

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der norwegischen Partei und dem G.R. drehen sich um den Zentralismus und die vom G.R. der Partei entgegenüber eingenommene praktische Haltung. Die Autorität der Internationale sollte in allen Angelegenheiten internationalen Maßstabes absolut sein, aber in der Regel dürfte sich die Internationale nicht in Angelegenheiten lokaler Natur einmischen.

Genosse Buscharia:

Genosse Sinowjew hat gestern schon nach der Ursache dessen gefragt, daß jetzt auf einmal die religiöse Frage aufgetaucht sei. Objektive hat das Auftauchen dieser Frage im jetzigen Augenblick nur einen Sinn: In ganz Europa hegt man gegen Sowjetrußland wegen der Religionsverfolgungen, die angeblich in Rußland stattfinden. Und diesen Moment hemmen einige kirchliche Genossen, um der Welt die Versicherung zu geben, daß nur die russischen Kommunisten so schlechte Kerle seien, während sie selbst ganz loyal und gar nicht antireligiös seien.

Gegenwärtig ist jede Religion in Europa konterrevolutionär. In den orientalischen Ländern kann die Religion eine gewisse revolutionäre Rolle spielen, wie das der Kampf der religiös fanatisierten Massen Ägyptens gegen den türkischen Imperialismus beweist. Die Methoden der Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus sind auch die Methoden

den der Befreiung der Arbeiterklasse aus der bürgerlichen Ideologie. Zu dieser gehört eben auch die Religion. Hoeglund sagt: „Was der Kommunismus will, ist für uns alle eine menschenwürdige Existenz auf der Erde zu schaffen; wie es in dem Himmel geordnet wird, fällt außerhalb dieser Aufgaben“. Was den Himmel betrifft, so kann ich Ihnen sagen, wie es dort ausieht. Ich flog im Aeroplan nach Berlin und kann bestätigen, daß der Himmel leere Luft ist. (Große Heiterkeit)

Der Marxismus behauptet, daß jede Religion eine Klassenideologie ist und deshalb ein Klasseninstrument darstellt.

Wir können in unserer Partei religiöse Menschen bilden, denn die Religion hat tiefe Wurzeln in der Seele des „modernen“ Menschen. Wir können Geduld haben, um diese Leute zu machen, aber wir dürfen daraus nicht die Folgerung ziehen, daß uns als Partei die Religion nichts angeht.

Genosse Böttcher (Deutschland):

Die Hauptfrage der Taktik der europäischen Parteien ist die Frage der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Die Taktik der Einheitsfront ist bisher in Deutschland am erfolgreichsten durchgeführt worden. Solange wir die Taktik der Einheitsfront anwenden, solange haben wir auch unvermeidliche Differenzen um das „Wie“ der Durchführung. Um keine Verwirrung unserer Grundsätze aufkommen zu lassen ist immer wieder notwendig die Betonung der Rolle der kommunistischen Partei als Führerin im Kampfe um die Aufrichtung der Diktatur. Der 4. Kongress hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Anwendung der Einheitsfronttaktik nicht eine Verfälschung der proletarischen Diktatur oder eine Revision der kommunistischen Grundsätze bedeuten dürfe. Wegen die sozialdemokratischen Führer hegen wir das stärkste Mißtrauen wegen ihrer verräterischen Rolle, die sie jetzt gespielt haben und die sie objektiv auch noch weiter zu spielen gezwungen sind. Aber wir haben das Vertrauen zu den sozialdemokratischen Arbeitern, daß sie gemeinsam mit uns kämpfen werden. Die Taktik der Einheitsfront muß von den kommunistischen Parteien erkämpft und erlernt werden. In der deutschen Partei vertrat die Opposition zuerst die Meinung, daß die Einheitsfront einzig und allein nur von unten kommen könne. Diese Auffassung ist falsch und auch jetzt überwunden. Die Einheitsfront ist unsere jetzige politische Strategie, mit der wir nicht nur die sozialdemokratischen Führer entlarven, mit der wir auch gleichzeitig die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter in bestimmte, vorgetriebene Kampfpositionen führen. Das legt voraus, daß man der Auffassung ist, daß die sozialdemokratischen Arbeiter mit den Kommunisten kämpfen, auch wenn sie noch in der sozialdemokratischen Partei sind. Bei der Anwendung der Einheitsfront müssen solche Forderungen aufgestellt werden, die auch den sozialdemokratischen Arbeitern als sofort realisierbar verständlich sind. Die Einheitsfront ist der Blutpakt kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter im Kampfe gegen die Koalitionspolitik und die Bourgeoisie, und wenn sie das ist, dann wird natürlich diese Einheitsfront auch zum Pakt kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter gegen die sozialdemokratische Führerschaft. Auch unsere Opposition mußte zugestehen, daß wir durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik verschiedene Kampfpositionen erreichten, die den weiteren Kampf der Arbeiterklasse erleichtern. Die Eroberung dieser Kampfpositionen ist entscheidend. Hier muß die Sozialdemokratie an ihrem inneren Widerspruch zerschellen. Sie steht vor der Frage: Arbeiterpolitik oder Bourgeoisiepolitik. Die zunächst ideologische Spaltung der Sozialdemokratie ist ein wichtiges Ergebnis der Einheitsfronttaktik.

Die Arbeiterregierung kann von bestehenden demokratischen Institutionen ausgehen. Sie ist nicht ein festifizierter Punkt, sondern infolge der ganzen dialektischen Ubergangszeit eine wechselnde Linie, die täglich ein neues Gesicht zeigt. Es können Situationen kommen, in denen wir den sozialdemokratischen Arbeitern erklären: Wir als Kommunisten sind bereit, auch mit den sozialdemokratischen Führern eine revolutionäre Koalition zu bilden, obwohl wir wissen, daß uns die sozialdemokratischen Führer schon am ersten Tage verraten werden. Infolge der ungeklärten Lage in Westeuropa ist Grund vorhanden, zu glauben, daß es nicht erst zur Ausbildung einer Arbeiter- und Bauernregierung kommen wird, sondern daß wir direkt zur Diktatur übergehen werden. Trotzdem müßten wir mit

einer Möglichkeit rechnen, die uns zwingen kann, die Arbeiterregierung als eine revolutionäre Koalition mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zu bilden. Die Stützpunkte dieser Regierung müssen außerparlamentarische Kampforgane sein.

In Deutschland haben wir die Organisierung der sympathisierenden Arbeiter um die kommunistische Partei bisher erreicht in den Betriebsräten, in den Kontrollausschüssen und in den Hundertschaften. Das alles sind Organe der Einheitsfront, mit deren Hilfe die kommunistische Partei den Kampf führt. Durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik haben wir es bei uns erreicht, daß große Teile der sozialdemokratischen Arbeiter zwar immer noch mit dem Mißliebigen bei der sozialdemokratischen Partei, mit ihrer Seele aber schon bei uns sind. Diesen Prozeß müssen wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln fördern. Andere Parteien müssen Parteien sein zur Eroberung der politischen Macht, Parteien des Sieges, die die Führung der Aktion haben. Bei dem Ruhrkampf haben wir diese Psychologie in unserer Partei noch nicht gehabt.

Ein Wort noch an die norwegischen Genossen. Wir haben das Gefühl, daß die norwegische Partei zu wenig Verbindung mit den übrigen kommunistischen Parteien hat. Wir hoffen, die norwegischen Genossen werden einsehen, daß der Zentralismus der Bewegung schweren Schaden zufügt und nur der stärkste Zentralismus die Voraussetzung dafür ist, daß die kommunistische Internationale die Führung der Weltrevolution behält. (Beifall)

Genosse Flyg (Schweden):

Ich bin der Auffassung, daß die Religionsfrage in Schweden von keiner geringen Bedeutung für unsere Partei ist. Das beweist gerade der Artikel des Gen. Hoeglund über „Kommunismus und Religion“. Es ist nicht richtig, daß, wenn wir mit einer antireligiösen Propaganda in Schweden beginnen, die ganze kommunistische Bewegung in Schweden verschwinden wird. Unsere Aufgabe ist es, die marxistische Aufklärungsarbeit, die wir schon bisher geleistet haben, fortzusetzen.

Schagla (Kommunistische Jugendinternationale):

Die Frage, die durch den Artikel Hoeglunds „Kommunismus und Religion“ aufgeworfen wurde, ist weder die Hauptfrage, noch eine der Hauptfragen in unserem gegenwärtigen Kampfe. Sie ist aber doch eine wichtige Frage für die kommunistische Jugendinternationale, insbesondere vom Standpunkte der Herausbildung der Weltanschauung der kommunistischen Jugend. Aus dem Artikel Hoeglunds geht hervor, daß die Religion auch für die kommunistische Partei eine Privatfrage sei. Das ist vom Standpunkte des Marxismus ganz falsch. Gen. Lenin schrieb bereits im Jahre 1905: „Vom Standpunkte der Partei des sozialistischen Proletariats aus ist die Religion keine Privatfrage. Die Partei ist ein Bund selbstbewußter Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse. Ein solcher Bund kann und darf sich auch nicht gleichgültig der Unbildung, des Aberglaubens, dem Obskurantismus in Gestalt der religiösen Mißstände gegenüber verhalten. Wir fordern die vollständige Trennung des Staates von der Kirche, um gegen die religiöse Fanatiker in rein ideologischer Weise und mit rein ideologischen Mitteln der Presse und des Wortes kämpfen zu können. Aber wir haben uns eine Organisation geschaffen, u. a. auch zum Kampfe gegen die religiöse Verdrummung der Arbeiter.“

Die religiösen Stimmungen in Rußland waren immer sicherlich viel stärker als in Schweden, und doch ist die revolutionäre Partei trotz ihrer antireligiösen Propaganda keine Seite geworden.

Die antireligiöse Arbeit lastete bisher ausschließlich auf den Schultern der kommunistischen Jugendinternationale. Dieser Zustand muß dahin geändert werden, daß die kommunistische Internationale ihre Organisationen verpflichtet sich an dieser Arbeit zu beteiligen und so diese Arbeit zu verstärken. Die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung muß basieren auf einer großzügigen theoretischen Aufklärungsarbeit über die Bauernfrage. Es wäre wünschenswert, daß Gen. Buscharia dazu eine theoretische Unterlage etwa in Form einer kleinen Broschüre lieferte. Es darf immer bei der periphrastischen Agitation unter der Bannerführung durch die Parteien der Kommintern nicht außer acht gelassen werden, daß die Zusammensetzung der Partei eine überwiegend proletarische bleibt.

Genosse Swert (Dänemark):

In der skandinavischen Arbeiterpresse sind

Frage des Genossen Sinowjews, die sich in einem Ausblick über die extremen Forderungen des Sozialismus nach Gebrauch von Waffen auf uns auswirken. Der Rapp-Dutsch in Deutschland als Beispiel dafür, daß die Arbeiter auch ohne Waffen den Sieg erringen können. Das ist eine völlig sozialdemokratische Auffassung. Außerdem entspricht sie auch nicht den Tatsachen, denn während des Rapp-Dutsch hat die deutsche Arbeiterchaft zu den Waffen gegriffen und im ersten nach der Entlassung der Rapp-Dutsch wurden. Der Zentralismus in der Kommintern ist unserer Ansicht nach noch lange nicht weit genug vorgeschritten. Allerdings kann ein Generalstab, der in die Taktik, Politik und Aufgaben der einzelnen Parteien leitend eingreifen soll nicht von heute auf morgen geschaffen werden. Er bildet sich erst aus einer Zeit längerer Entwicklung.

Die wichtigste Frage, die Gen. Sinowjew hier aufgeworfen hat, ist die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung. Diese Frage hat nicht nur für die agrarischen Länder, sondern auch für die Industrieländer große Bedeutung. In Deutschland ist das Industrieproletariat der ausschlaggebende Schicht, trotzdem wird der Sieg des Proletariats erst möglich sein, wenn es gelingt, die 2 Millionen Kleinbauern mindestens zu neutralisieren. Die Frage der Arbeiter- und Bauernregierung ist für Deutschland nicht neu, denn schon der Spartakusbund hat sich mit seinen Parolen und in seinen Aktionen an die kleinen Bauern gewandt.

Noch einige Worte zur nationalen Frage. Diese Frage wurde in Deutschland bei Beginn des Ruhrkampfes nicht mit genügender Schärfe gestellt, und selbst in der Partei gab es noch verschiedene Meinungsverschiedenheiten, die erst in der letzten Zeit beseitigt wurden. Das Problem ist in Deutschland nicht besonders schwer, weil die Bourgeoisie selbst Deutschland verläßt und stückweise an die Entente verkauft. Schwieriger ist diese Frage allerdings in den anderen Ländern. Der Ruhrkonflikt hat den ersten Anlaß einer Zusammenarbeit zwischen der französischen und deutschen kommunistischen Partei gezeigt. Allerdings hat diese Zusammenarbeit noch verschiedene Mängel, was jedoch ihrer großen Bedeutung als erste Tat keinen Abbruch tut.

Genosse Rabel:

Die kommunistische Internationale wird verächtigt, daß in ihr infolge des strengen Zentralismus kein geistiges Leben pulsiert. Durch die Diskussion, die hier geführt wurde, kann man eines Besseren belehrt werden. Während in Hamburg keine einzige Frage ernstlich diskutiert wurde, wird hier jetzt schon in der zweiten Sitzung in voller Öffentlichkeit eine scharfe Diskussion geführt. Die Arbeiter können sich davon überzeugen, daß hier die einzige Stelle ist, wo noch sachliche Erörterungen geblieben werden.

Das Referat Sinowjews hat zwei Hauptpunkte enthalten: die Konsolidierung der Internationale und die Erweiterung der Basis unserer Tätigkeit. Was die Konsolidierung der Internationale betrifft, so steht damit die italienische und die norwegische Frage in enger Beziehung. Was die erweiterte Basis unserer Tätigkeit betrifft, so sind hier drei Fragen zu behandeln: die Arbeiter- und Bauernregierung, die nationale und die religiöse Frage. Das Proletariat ist eine aufsteigende Klasse, die sich aufzubrechen muß.

Die religiöse Frage hat eine große Bedeutung. Wenn wir die Bourgeoisie besitzigen, so wird auch der Herrgott besitzigt. Denn der Herrgott ist nichts anderes als die publizistische Kraft der Bourgeoisie. Aber die religiöse Frage hat eine Bedeutung für uns in den anglo-sächsischen Ländern. Wer in England nicht wagt, mit Gott zu brechen, der wird kein guter Kommunist sein. Das bedeutet nicht, daß wir die zurückgebliebenen Schichten des Proletariats, die religiös eingestellt sind, zuerst mit antireligiösen Schriften bearbeiten müssen. Genosse Sinowjew wies darauf hin, daß in Rußland aus der Partei Leute ausgeschlossen wurden, die sich durch Pfaffen trauen ließen. Wir haben jedoch in Rußland eine andere Lage als in den anderen Ländern. Wir sind eine belagerte Festung. Die Kommunisten sind ihre Verteidiger. Der Soldat, der nicht wagt, seiner Lanze zu widerstehen, wird noch weniger dem Feinde Widerstand leisten können. Ihr westeuropäischer Parteien, verachtet erst noch Armen. Sinowjew hat nicht vergessen, daß Ihr diejenige Mitglieder ausschließen sollt, die

nicht. Sehr richtig!) Ein Führer der Partei muß sich klar sein über die religiöse Frage. Jedoch mit Rücksicht auf die Psychologie der Massen muß gerade die religiöse Frage mit der größten Vorsicht behandelt werden.

Nun zu der Bauernfrage. Das ist keine neue Parole. Wir haben schon längst mit der sozialdemokratischen Auffassung gebrochen, daß wir von den Bauern nichts wissen wollen. Daß wir jedoch diese Frage so sehr in den Vordergrund stellen, kommt daher, daß unsere Sache rasch vorwärts geht. Mit ökonomischen Forderungen allein, um die Lage der Bauern zu bessern, ist nichts geholfen. Es muß eine Pointe vorhanden sein, und das ist, daß wir den Bauern sagen müssen, daß sie keine Ausflüchte haben, ihre Lage zu verbessern, bis wir nicht mit ihnen die Herrschaft übernehmen. Die bolschewistische Partei war schon vorher für die Bauern eingestellt, aber erst die Lösung in der Resolution von 1905, die Lösung: Koalition mit den Bauern, hat eine große Bedeutung erlangt. Diese Koalition mit den Bauern bedeutet jedoch nicht, daß wir in Polen mit Witos und in Frankreich mit den Radikalsocialisten in Koalition treten. Das sind konterrevolutionäre Bauernparteien, und mit konterrevolutionären Bauernparteien gehen wir keine Koalition ein.

Die nationale Frage, d. h. die Erklärung des Proletariats, daß sie die Partei der Nation sein

will, ist in England nur ein propagandistischer Ausdruck für das Endziel. Nicht so jedoch in Deutschland. Dort hat die nationale Frage eine ganz andere Bedeutung. Die starke Betonung der Nation in Deutschland ist ein revolutionärer Akt, wie die Betonung der Nation in den Kolonien. Das müssen unsere französischen Freunde begreifen. Wenn in Frankreich Voicars noch einige Jahre haufen wird, dann wird auch die französische Partei so auftreten müssen, wie heute die deutsche.

Genosse Zrahtenberg (Amerika): erklärt, daß es ihn freue, die Hinweise Einwärts auf die prachtvollen Fortschritte, die die amerikanische Partei im vergangenen Jahr gemacht hat, zu hören. Wenn die amerikanische Partei besser geworden ist, so ist das den auf dem letzten internationalen Kongress gefassten Beschlüssen zu danken. Ferner spricht er über die Anwendung der von der Internationale herausgegebenen neuen Parole einer Arbeiter- und Bauernregierung in Amerika.

Genosse Johnson (Kanada): erklärt, daß Kanada überlegend ein Agrarland ist mit einer zahlreichen Bevölkerung armer und kleiner Farmhäuser. Diese Farmer befinden sich in einer so hoffnungslosen Lage, daß viele von ihnen ihre Farmen verkaufen. Nach einer geschäftlichen Mitteilung des Gen. Witos und in Frankreich mit den Radikalsocialisten.

„Vorwärts“

Nach dem Streik in Oberschlesien

In der Mittwochmorgenausgabe Nr. 233 bringt der „Vorwärts“ eine Nachricht unter der Spitzmarke: „Nach dem Streik in Oberschlesien.“ In diesem Bericht wird die von uns bereits erdörte Bergarbeiterkonferenz in Oberschlesien behandelt. Dem „Vorwärts“ war aber scheinbar der Bericht von der Bergarbeiterkonferenz noch zu schwach in Bezug auf Kommunistenbege. Daher „formt“ der „Vorwärts“ den Bericht ein wenig um. So schreibt der „Vorwärts“ in der Einleitung: „Mindestens drei Viertel aller Arbeiter wollten den Streik nicht.“ In dem Bericht, der zuerst in Nr. 137 des „Vollkammer“, Organ der BSWD von Oberschlesien, erschien, heißt es: „Wir sind fest überzeugt, daß drei Viertel aller ober-schlesischen Bergarbeiter ebenso denken und urteilen als ihre gewählten Vertreter.“ In dem wir auf den „kleinen“ Unterschied aufmerksam machen, betonen wir auch hier nochmals: Die Gewerkschaftsböden haben es ja in der Hand, die Stimmung unter den Bergarbeitern einwandfrei festzustellen. Sie mögen öffentliche Bergarbeiterversammlungen einberufen. Es wird sich dann sofort zeigen, zu wem die drei Viertel aller Bergarbeiter stehen werden.

Weiter schreibt der „Vorwärts“: „Sie wurden aber gewaltsam durch zum Teil bewaffnete Banden an der Weiterarbeit verhindert.“ Wir stellen ausdrücklich fest, daß die Leitung des Bergarbeiterverbandes in Oberschlesien weder außerhalb noch in der Konferenz eine solche Behauptung aufgestellt noch in dem Bericht ein Wort davon erwähnt hat. Der „eheliche Vorwärts“ hat sich diese Verleumdung einfach aus den Fingern gelogen.

Des weiteren steht in dem Bericht der Bergarbeiterverbandsleitung kein Wort davon, daß die Selbstschützer die Streikleitungen beschützt“ noch „die zur Arbeit gehenden Arbeiter gewaltsam bedroht haben.“ Einen solchen Schwindel konnte sich die Verbandsbürokratie nicht leisten, weil sie damit selbst bei besonders geliebten „gewählten Vertretern“ keinen Glauben gefunden hätte. Nur dem „Vorwärts“ blieb es vorbehalten, frech drauf loszuliegen, in der Annahme, Oberschlesien ist weit weg und kein Berliner Arbeiter kann die Tatsachen nachprüfen.

Zum Schluß stellen wir nochmals ausdrücklich fest, daß an dieser Konferenz kein einziger Kommunist teilnehmen durfte. Sie wurden von der Konferenz mit der Begründung ferngehalten, daß es sich nur um eine Zusammenkunft der oberen Spitzenfunktionäre handle. In Wirklichkeit wurden nur die BSWD-Funktionäre zu dieser Sitzung zugelassen. Aus diesem Grund konnte also auch kein Kommunist für die Entschliessung stimmen. Wir wollen aber dem „Vorwärts“ verraten, daß trotzdem vier Kameraden gegen die Resolution gestimmt haben, dieselben, die auch gegen den „polizeilichen Schuß“ stimmten, unter dem die Konferenz auf Antrag Franz gestellt war.

Undem wir diese Tatsachen feststellen, glauben wir jedoch nicht, daß der „Vorwärts“ so viel Anstand besitzen und seine Leser über seine Schwindelereien aufklären wird. Es würde ja auch ganz aus dem Rahmen der Kommunistenbege herausfallen, wenn der „Vorwärts“ einmal wahrheitsgetreu über eine Bewegung berichten würde.

Abrechnung mit den Verrätern

In der am 17. Juni, im Schützenhaus in Gottesberg stattgefundenen Zahlstellenversammlung des BVB rechneten die Mitglieder einmal gründlich mit ihren verräterischen Führern ab. Nicht nur Kommunisten, sondern selbst BSWD und parteilose Kameraden gestellten sich das schändliche, verräterische Verhalten der Bezirksleitung während des Streiks und forderten ihren Rücktritt. Nach dem Bericht des Kameraden Wismann von der Bezirksleitung über die Verhandlungen stellt sich in der folgenden Diskussion fast alle Redner auf den Standpunkt unserer Forderungen, zu welche wir gewillt waren zu kämpfen bis zum Erfolg, wobei wir aber von Seiten der Bezirksleitung mit samt der SPD-Presse, der „Berghaus“, mit den schändlichsten Mitteln la-hoheit worden sind. Die Genossen Bogt und Schiller traten für die Jugend ein, indem sie sich gegen weitere Vorkassellungen zu wehren der Tagesblätter wandten. Kamerad Lübeck verwarf die Vorkassellungen, welche uns ungeheure Kosten anbrachten, und forderte von der Bezirksleitung, auf Gleichsetzung hinzuwirken. Bei dem Punkt Verhandlungsangelegenheiten kam es dann zur Abrechnung mit der Bezirksleitung, wobei es die Kameraden vortrefflich verstanden, all die uns schändlichen Handlungen, welche den letzten der Bezirksleitung der Zahlstellenversammlung noch einmal vor Augen zu führen. Wie z. B. die Abzählung des Streiks 1921, wo wir zwar Monate lang von Verhandlungen zu Verhandlungen hingehalten wurden, wie da schon unter Reallohn Schrit für Schritt rückwärts ging, indem wir 12. März Lohn-er-

höhung gefordert hatten, und nach drei Wochen Streik von Seiten des Verbandsvorstandes für 67 Pfennige in die Betriebe gedrängt wurden, dann die achte Stunde, welche uns wiederum weitere Lohnerhöhung durch längere Arbeitszeit zuzuteile machte, und so weiter bis zum letzten Streik, wo wir, von Hunger getrieben, spontan und geschlossen die Arbeit niederlegten, um ein Stück Brot zu kämpfen. Auch dieser Streik ist, ebenso wie 1921, als wilder Streik erklärt worden und wir kämpfend Bergarbeiter wurden als Hand- und Mauerarbeiter beschimpft. All das hat in uns den Entschluß genährt: Weg mit der Bezirksleitung, die nicht mit, sondern gegen uns ist. Trotzdem Kollege Wismann die Versammlung in seinem Schlusswort zu einer anderen Ueberzeugung bringen wollte, fand folgende Resolution in der Abstimmung die überwiegende Mehrheit:

„Die heut im Schützenhaus in Gottesberg tagende Zahlstellenversammlung kann die bisherige Politik des BVB nicht mehr billigen. Die Praxis lehrt, daß durch eine solche Sozialpolitik unsere Reallohn dauernd sinken, und die Lebenshaltung geradezu eine Schreckens-tat ist. Als nun das ober- und niederschlesische Bergproletariat zum letzten Mittel, zum Streik griff, um sich einige wirtschaftliche Verbesserungen zu erringen, wurden sie von ihren Führern schmächtig im Stich gelassen. Die Kameraden erblickten in einer derartigen Handlungsweise unserer Bezirksleitung eine Schädigung der Organisation. Die Kameraden fordern deshalb: Rücktritt der Bezirksleitung. Um den Verband nicht vollends zur Auflösung zu bringen, erachten die Kameraden diesen Schritt für notwendig. Sollte die Bezirksleitung nicht zurücktreten, so behalten sich die Kameraden weitere Schritte vor.“

Genosse Ulrich brachte den Zusatzantrag für baldige Einberufung einer Revidierkonferenz für sämtliche Funktionäre, welche Stellung zu diesem Rücktritt nehmen sollen, und forderte zum Schluß die Anwesenden auf, dem Verband nicht kampflös den Rücken zu kehren, sondern dort auszuhalten. Er schloß mit einem Hoch auf den B. A. B.

Kameraden, laßt eure Brüder nicht bezweifeln!

Durch den Verrat der Gewerkschaftsbürokraten, der BSWD-Führer und der sozialdemokratischen Presse hat der Bergarbeiterstreik in Mittel- und Oberschlesien mit einer Niederlage der Arbeiterschaft geendet. Hunderte von Kameraden sind auf der Straße geblieben. Die Kapitalisten begnügen sich nicht damit, die in den vordersten Reihen stehenden Kämpfer brütlos gemacht zu haben. Sie verfolgen ihre Opfer weiter mit unersättlicher Rachgier und verhindern, daß die Gemäßigten Arbeit finden. Daher hat Hunger und bitterste Not in den Familien der wackersten Kämpfer Einzug gehalten.

In Hindenburg z. B. sind einige Familien so in Not geraten, daß sie nicht einmal Brot für einen Tag im Hause haben. Die Frau eines gemäßigten Genossen nahm, weil sie den Hunger ihrer Kinder nicht mehr länger mit ansehen konnte, Schachtarbeit an. Sie brach, da diese schwere Arbeit weit über ihre Schwachen Kräfte hinausging, zusammen. Solche Fälle sind in Oberschlesien hunderte zu verzeichnen, denn die Not der kapitalistischen Opfer ist auf ihrem Höhepunkt angelangt. Die Gemäßigten in beiden Revidieren können nur dann vor dem Hungertode gerettet werden, wenn alle ihre Brüder sofort Sammlungen für diese Opfer des Kapitals einleiten!

Wie man früher die Verbrecher durch ein Schandmal brandmarkte, so versuchen heute die kapitalistischen Sklavenhalter ihre gefährlichsten Feinde dadurch zu treffen, daß sie dieselben in schwarze Listen einzeichnen und sie auf diese Weise zum Hungertode verurteilen.

Dieses Brandmal der Kapitalisten für die Ehrengelehrten für die proletarischen Kämpfer. Darum müssen alle Arbeiter dafür sorgen, daß die vom Kapital gebrandmarkten erkennen, daß das Wort von der Solidarität kein leeres Schall ist. Was proletarische Solidarität vermag, zeigt ein Beispiel aus Hindenburg. Eine Genossin gab das Geld, das sie wochenlang für ein Kleid zusammengespart hatte, für die Familien der Streikenden. Sie erklärte, es ist ihr unmöglich, ein neues Kleid zu tragen, wenn die Kinder der Genossen am gleichen Ort nach Brot streuen.

Genossen, Kameraden! Das ist proletarische Solidarität! Das ist proletarisches Verantwortungsfühl! Wer jetzt nur an sich und die Seine denkt und die gemäßigten Brüder in Waldenburg und Oberschlesien und ihre Familien hungern läßt, der hat den Brudergedanken proletarischer Solidarität noch nicht begriffen. Der ist noch kein Kommunist! Kameraden, Genossen, bedacht, daß heute schon eine Woche ohne Sammlungen eine Katastrophe für den Wirtschaftsetat eines Familienvaters bedeutet. Bedenkt, daß eure auch jetzt wieder von den Gewerkschaftsbürokraten im Stich gelassenen Kameraden seit drei Wochen hungern! Gerade die ober-schlesischen Arbeiter haben bei allen Sammlungen ihre Opferwilligkeit bewiesen. Sollen sie, die willigsten Kämpfer, jetzt verzweifeln?

Es ist eine Ehrenpflicht aller schlesischen Arbeiter, dafür zu sorgen, daß die gemäßigten Brüder die schmerzhafteste Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft finden. Die Bezirksleitung der SPD, Schösten, Alfred Döbner, Dreoniher Straße 50, Postfachnummer 58 864, nimmt Geld zur Weiterleitung an die Gemäßigten an. Gest jetzt und reichlich! Schleunigste Hilfe ist dringend!

Betrieb - Gewerkschaft

Mitgliederversammlung des Beseidungsarbeiterverbandes Breslau

Eine gut besuchte Versammlung fand am 11. Juni im großen Saal der Dratsklobia statt. Kollege Verjohle hielt einen Vortrag über die Wohnungsnot, Bodenreform und Sicherung des weichen beifällig aufgenommen wurde. Den Kassenbericht für Mai gab Kollege Reimann. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren bei einem Bestand von 849 444 M. mit 1 671 092 M. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlassung erteilt. Ueber Beitragsfragen berichtete im Auftrage der Beitragskommission Kolll. Möbner. Er empfiehlt folgende Sätze: Klasse 1: 100 M., Klasse 2: 300 M., Klasse 3: 500 M., Klasse 4: 800 M., Klasse 5: 1100 M., Klasse 6: 1400 M., Klasse 7: 1700 M. Beitrag. Aufnahmegebühr 1 Wochenbeitrag. Die Vorschläge wurden einstimmig gutgeheißen. Die Beiträge treten am 1. Juli in Kraft. Das einjährige Bestehen des Verbandes soll durch eine Feier würdig begangen werden. Zu den Vorarbeiten wählt die Versammlung eine Kommission von 15 Mitgliedern. Zu dem Punkt Innere Organisationsangelegenheiten berichtet Kollege Kohn. Ausgehend von der größten wirtschaftlichen Not sei man bestrebt, eine Einheitsfront im Breslauer Beseidungsgewerbe aufzurichten. In einer zu diesem Zweck einberufenen Betriebsräteversammlung waren alle Organisationen vertreten. Zustimmung wurde ein Antrag angenommen, der entschieden den Zusammenschluß der Kollegenschaft zur Einheitsfront in der sich dauernd verschlechternden Lebenslage fordert. Zustimmung wurde eine Kommission von 13 Kollegen bestimmt, die Vorarbeiten sofort in Angriff zu nehmen. In dieser Kommission sind alle Organisationen vertreten. Kollege Kose spricht den Wunsch aus, daß die Arbeiter der Kommission von Erfolg gekrönt sein möchten. Kollege Baal behandelt ebenfalls die wirtschaftliche Lage und weist besonders auf den Tiefstand der Lohn im Beseidungsgewerbe hin. Der Abstand würde immer größer. Es sei die höchste Zeit einer Einheitsfront im Beseidungsgewerbe aufzurichten. Durch die Betriebsräte in enger Fühlung mit der Gesamtkollegenchaft müsse das Werk gelingen. Die Kommission stände vor großen Aufgaben, diese zu unterstützen müßte sich jedes Mitglied angedeihen lassen. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen einverstanden.

Heberhanden, Entlassungen, Kurzarbeit

In der Schöellerischen Kammergarnspinnerei in Breslau, Borengasse, werden seit Montag Heberhanden geleistet. Die Methode, die der Unternehmer einsetzt, kann nicht als einwandfrei bezeichnet werden. Die Belegschaft erhielt am Samstagabend die Mitteilung, und damit war die Sache erledigt. Heber die Belegschaft noch die Betriebsräte wurden vorher befragt. Ob der Betriebsrat dieser Heberhanden zugestimmt oder ob er auch übergegangen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Da so heftigster erscheint diese Methode der Firma, als noch vor gar nicht langer Zeit erst der Betrieb wegen „Arbeitsmangel“ eingestürzt und etwa 30 Leute entlassen wurden.

Erschauerlich ist die Haltung der Gewerkschaftsbürokratie. Als einzige Arbeiter der Belegschaft im Büro des Textilarbeiterverbandes vorstellig wurden, ist ihnen erklärt worden: „Es sei doch nur für 8 Tage, man solle doch kein Aufhebens davon machen.“

Wir wissen nicht, ob dem Büro des BVB nicht bekannt ist, daß in Breslau eine große Anzahl Textilarbeiter arbeitslos sind, und daß ferner in anderen Unternehmungen nur drei Tage gearbeitet wird.

Wir glauben, es wäre hoch Aufgabe der Gewerkschaften, strengstens darauf zu achten, daß der Achtstundentag nicht durch Ueberstundenbewilligung illusorisch gemacht wird. Auch ist die Einreichung der Stenochlofen in den Produktionsprozess eine Aufgabe, die angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit energig betrieben werden muß.

Forderungen der Arbeiter in Jauer

Am 19. Juni fand hier wieder eine Vollversammlung der Betriebsräte statt, die starken Besuch aufzuweisen hatte. Besonders Interesse nehmen die Landarbeiter an unseren Sitzungen. Kreisleiter Krüde gab eine Schilderung der Streiklage der Landarbeiter. Er sagte u. a. die Verhandlungen müßten betriebsweise geführt werden. Das soll wohl eine bessere Abwägung des Streiks sein? — Die Agrarier seien bereit die Lohnforderungen zu bewilligen, jedoch handelt es sich für sie um die Machfrage, deren Ziel die Niederschlagung der Landarbeiter und ihrer Organisation ist. Nachdem noch verschiedene Teilnehmer der Versammlung für tatkräftige Unterstützung der Streikenden gesprochen hatten, gab der Kreisleiter bekannt, daß sobald etwa hier im Kreise die Techn. Nothilfe eingeleitet werden sollte, er sofort eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen würde, die zum Generalstreik Stellung nehmen müßte. Am 2. Punkte kam der Antrag betreffend die Forderung an den BSWD zur Sprache. Als erster erhielt der Antragsteller Gen. Lütke das Wort zur Begründung. Dabei er seinen ersten Antrag von der vorigen Vollversammlung in folgende Resolution umänderte und zur Annahme empfahl:

Bei den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsdarstellung ist es nicht mehr möglich, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter durch Zeilkämpfe zu heben. Möglich ist es nur, indem die Solidarität der Arbeiter zusammengebracht werden. Die wilden Devisen-Spekulationen müssen verhindert und alle Reparationsleistungen auf die Schultern der besitzenden Klasse gelegt werden. Dazu ist es nötig, daß die Arbeiter die Einheitsfront herstellen und eine Arbeiterregierung bilden. In den Kampf der Landarbeiter zu einem schnellen und siegreichen Ende zu führen und zugleich die Not der Industriearbeiter zu lindern fordern wir: daß die schlesischen Industriearbeiter durch den BSWD in den Kampf geführt werden, unter folgender Forderung: Eine einmalige Wirtschaftsbühse von 200 000 M. für verheiratete mit Kindern, 150 000 M. für Frauen und Waisen, 120 000 M. für ledige über 18 Jahren und 100 000 M. für ledige unter 18 Jahren und eine jährliche Lohnerhöhung von 100 Prozent. Jeft alle Redner die darauf folgenden erklärten sich damit einverstanden, sogar die SPD hatte nichts dagegen, nur wollte einer, daß diese Resolution erst an alle Betriebsräten geschickt werden sollte. Man einigte sich jedoch dahin, sie an alle beide Körperschaften zu schicken. Die Annahme erfolgte in einer besonderen Sitzung in der nur Betriebsräte Zutritt hatten, mit allen gegen 2 Stimmen. Hierbei kam auch noch die Bildung eines Kontrollausschusses zur Sprache, der bei der heutigen Bewandlung direkt zur Arbeitseinstellung wird. Die Bildung wurde dem heutigen Oktokartell überwiesen.

Aus Breslau

Arbeiterkinder, Jugendliche, Arbeitereltern!

Zum dritten Male führt sich der Tag, an dem die Arbeiterkinder der ganzen Welt in großen Massen auf die Straßen eilten, um für ihre Forderungen zu demonstrieren. Wieder werden es Tausende und Abertausende von Kindern sein, die hinter dem Banner der kommunistischen Kindergruppe einmarschieren werden. Auch die Breslauer Kindergruppe wird genau so wie sie es vor zwei Jahren getan hat, durch die Straßen Breslaus ziehen, an den Schlemmerlokalen und Bruttstätten der Bourgeoisie vorbei, und die Schieber und Spieser wieder einmal durch den Gesang der „Internationalen“ aus ihrer Ruhe aufschrecken.

Durch die schmalwängigen und blassen Arbeiterkinder wird diesen Leuten gezeigt werden, was sie durch ihre ungeheure Profitgier an der Volksgesundheit verbrochen haben. Aber nicht nur das Schädliche ihres Treibens soll ihnen vor Augen geführt werden, sondern wir wollen ihnen zeigen, daß uns die Jugend, also auch die Zukunft gebührt.

Gute Aufgabe muß es nun also sein, eine rege Propaganda während dieser Woche zu entfalten und jedes einzelne Arbeiterkind, jeden einzelnen Jugendlichen auf unsere Veranstaltungen aufmerksam zu machen. Nur unter dieser Voraussetzung werden wir das Ziel erreichen, das wir uns gestellt haben, nämlich den Gedanken des Kommunismus und des Klassenbewußtseins weiter hinein in die Reihen der Jugendlichen und Arbeiterkinder zu tragen.

Nun also arbeitet alle eifrig mit, damit die Reihen unserer kleinen Kämpfer gestärkt werden.

Die Woche vom 24. Juni bis 1. Juli ist vollständig ausgefüllt von Veranstaltungen der kommunistischen Kindergruppe.

Am Montag, den 25. Juni, nachmittags 4 Uhr, findet im Versammlungsraum Nikolaistraße 49/50, 1. Stod, ein Märchnachmittag statt. Genosse Harnas wird sehr schöne Märchen erzählen. Jedes Kindergruppenmitglied bringt andere Kinder aus allen Stadtteilen mit.

Dienstag, den 26. Juni, abends 7 Uhr, findet im Versammlungsraum Nikolaistraße 49/50, 1. Stod, eine Elternversammlung statt, in der die Jugendgenossen Menden über Zweck und Ziele der KPD sprechen. Alle Parteigenossen, die Kinder haben, müssen erscheinen und sympathisierende Eltern mitbringen.

Mittwoch, den 27. Juni, abends 6 Uhr, im selben Lokal: Zusammenkunft der Kinder aus allen Stadtteilen zwecks Briefschreibens an ausländische Kindergruppen.

Donnerstag, den 28. Juni, Propaganda der Kindergruppenmitglieder in Schule und Haus für die am Freitag stattfindende Kinderversammlung.

Freitag, den 29. Juni, abends 6 Uhr, bei Brüner, Wöbelnischstraße 36, öffentliche Kinderversammlung, in der Kindergruppenmitglieder Klein über „Die Bedeutung der internationalen Arbeiterkinderwoche“ und Jugendliche Menden über „Schulkampf und Gruppenleben der KPD“ sprechen wird. Arbeitereltern, schickt eure Kinder zu diese Versammlung.

Sonabend, den 30. Juni, Haus- und Schulpropaganda der Kindergruppenmitglieder für die kommunistischen Kindergruppen. Jedes Kind, das sich daran beteiligt, muß zwischen 4-5 Uhr nachmittags in der Nikolaistr. 49/50, 1. Stod, zum Materialabholen erscheinen.

Sonntag, den 1. Juli, Aufbruch der Kinderwoche durch eine Kinderdemonstration, an der sich die Gelantareisenschaft beteiligen soll. Sammelpunkt der Teilnehmer früh 9 1/2 Uhr am Abt. Platz.

Parteilosen! Arbeitereltern! Jugendliche und Kindereltern! Eure Aufgabe ist es, nun dafür Sorge zu tragen, daß diese Demonstration zu einer mächtigen Kundgebung für die aufgestellten Forderungen der Arbeiterkinder wird.

Die Ortsgruppe der KPD, Breslau und der RPD, Breslau.

Achtung! Achtung!

Parteilosen * Arbeitereltern

Dienstag, den 26. Juni, abends 7 Uhr, findet im Versammlungsraum der Produktiv-Genossenschaft, Nikolaistr. 49/50, eine

öffentl. Eltern-Versammlung

statt. Thema: Zweck und Ziele der kommunist. Kindergruppen. Referent: Genosse Rich. Menden.

Parteilosen, Klassenbewußte Eltern erscheint zahlreich!

KPD. und RPD., Ortsgruppe Breslau.

Kriegsliteratur auf Abruch

Durchmustert man einmal aufmerksam die Auslagen in den Schaufenstern der großen Breslauer Buchhandlungen, so wird man eine Menge Kriegsliteratur gewahrt. Die jetzt zu reinen Spottpreisen feilgeboten wird. Unsere geschlagenen Generale, Hindenburg, Ludendorff, v. Woyrsch und andere Massenschächter des Weltkrieges haben besamtlich, nachdem sie das deutsche Volk ins Verderben geritten hatten, den sonderbaren Ehrgeiz in sich verspürt, „Erinnerungen“ zu schreiben. In diesen Kriegserinnerungen versuchen sie sich, so gut es geht, von der ungeheuerlichen Blutschuld, die ihnen „Zaten“ anhaftet, reinzuwaschen.

Merkwürdig: Keiner will jetzt schuld sein, unzurecht war es ein anderer. Ein ungeheurer Geschichtsschwindel wird „Dem deutschen Volke“ in diesen elenden Kriegserinnerungen abgetastet. Generale aufgeführt.

Da ist es erfreulich, wenn man jetzt sieht, wie diese üble Sorte Lektüre zu Ausschluß-

pressen und zum Makulaturwert verramscht wird. Schmerzlich wird für manchen gut-keulischen Patriot die Feststellung sein, daß auch Wilhelm's „Erinnerungen“ schon seit langem „auf Abruch“ stehen. Und selbst für billiges Geld will man diesen Schund nicht. Das ist allerdings beirührend.

Ein schlechtes Geschäft scheint auch mit seiner Geschichte des Infanterie-Regiments Dr. Wagner gemacht zu haben. Der Herr sitzt in der Redaktion der „Schlesischen Zeitung“ und macht bei dem genannten Regiment den Krieg als Reserveleutnant mit. Herr Dr. Wagner hat den Krieg gut überstanden; war er doch meistens beim Regimentsstab und konnte dort als Berichts- und Ordmanngoffizier schöne Tage erleben. Wenn man so den Krieg meistens im Erachen und weltab vom Schuß verbringt, läßt sich schon über ihn schreiben. Wenn man das Wagner'sche Buch durchblättert (das geht trotz guter Ausstattung, für sage und schreibe 600 Mark zu erstehen ist), so findet man stellenweise geradezu fürchterliche Beschreibungen des Weltkriegsgemeinens.

Gravenhaftes liest man z. B. über die schweren Kämpfe bei Souchez im Juni 1915. Da Herr Dr. Wagner dort auch persönlich mitgekämpft hat, läßt sich aus seinem Buche leider nicht mit Sicherheit feststellen. Wie schon erwähnt, hat er nicht das Glück gehabt, den „Heldentod“ zu sterben, sondern ist als wohlbestalteter Redakteur heute in der „Schlesischen Zeitung“.

Das Volk hat seine Knochen hingegeben und sein Blut auf allen möglichen Schlachtfeldern besprengt — die Generale sind ruhmbedeckt heimgeehrt und dürfen heute von ihren Willen und Landhäusern aus, die man ihnen „aus Dankbarkeit“ zugewiesen hat, eine gegenrevolutionäre faschistische Propaganda großen Stils betreiben.

Ihre Erinnerungen aber werden auf Abruch verkauft. Und das ist das einzig Erfreuliche.

Aus der Provinz Zur Werbewoche!

Die Resultate jedes einzelnen Tages während der Werbewoche sind umgehend der Redaktion der Schlesischen Arbeiter-Zeitung zu melden.

Mit Hochdruck an die Arbeit!

Der erste Tag der Werbewoche liegt hinter uns. Wie in unserem Bezirk, so haben in ganz Deutschland die Kommunisten alle Vorbereitungen getroffen, um in einer achtstägigen

Werbelkampagne für Partei und Presse alles um unsere Fahne zu scharen, was unter dem Druck des Kapitalismus front.

Der Kampf der Bergslaven und des Landproletariats sind Zeichen jeter Kampfesenergie, die im Proletariat schlummert. Trotz des Hasses und der Verleumdung, mit der die bürgerliche und sozialdemokratische Meute über

die Kommunisten herfällt, sind bereits in den letzten Wochen

Tausende neuer Kämpfer zu uns gestiegen. Und viele Tausende noch haben erkannt, daß weder das Bürgertum noch die Sozialdemokratie in Wahrheit ihre Interessen vertritt. Diese Situation gilt es auszunutzen, um die uns heute noch fernstehenden einzulassen in die gemeinsame Kampfstraße. Die Werbewoche muß deshalb

in Stadt und Land alle Genossen mobilisieren. Kein Tag darf vergehen, ohne daß unsere Genossen sich ihrer Pflicht bewußt werden. Mit Geduld, Ausdauer und Energie gilt es

in Betrieb und Werkstatt, die Massen an uns heranzuziehen. Die Genossen haben leichte Arbeit. Jeder der ausgedeutet und gekennet ist, muß ein

neuer Abonnent der Schlesischen Arbeiter-Zeitung werden. Jeder Genosse hat es leicht, Beweise nur auf die bürgerliche und sozialdemokratische Presse hin, und wir haben gewonnenes Spiel.

Gene Lüge, wir sagen die Wahrheit. Gene persönlich alles, wir entlarven alles.

Gene verheimlicht und beschützt die Kämpfe gegen die Feuertaube — wir schreiben über sie die Wahrheit.

Gene verleumdet die Streikenden, bewirkt sie mit Schmutz — wir unterstützen und ermuntern sie.

Gene jammert über die Feuertaube — wir sagen es, was zu tun ist.

Gene haben den Ruhrkampf längst betoraten, nur wir kämpfen noch ernsthaft gegen Völcaren.

Wollt Ihr zurückziehen, Genossen in Schlesien, wenn in ganz Deutschland die kommunistische Partei die Massen zum Kampfe sammelt? Ihr werdet an der Spitze marschieren in der Gewinnung neuer Leser, wie auch in Werben

neuer Mitglieder für die Partei.

Darum, wo Ihr noch einen Proletarier findet, der uns noch fernstehet, lart Ihr auf, zeigt ihm, daß sein Platz in unseren Reihen ist. Nur so können wir die große proletarische Kampffront schaffen, die die Burgen des Kapitalismus niedergebirt.

Die Werbewoche vom 23. bis 30. Juni ist Mobilmachung der ganzen Partei!

Bangenbleau, Erwerbslosenversammlung. Am Montag, den 18. d. Mts., fand in Ditters Lokal eine gut besuchte Erwerbslosenversammlung statt. Seitens aller Kollegen wurde verlangt, daß die diesige Gemeinde endlich durchgreifende Maßnahmen zur Verbesserung unserer elenden Lage ergreifen soll. Zu diesem Zweck wurde der Erwerbslosenrat neu gewählt. Zu diesem gehören nun

folgende Forderungen einzutreten:

1. Zahlung der Erwerbslosenunterstützung für die Dauer der Erwerbslosigkeit;

2. Abschaffung des Abzuges der 50 Prozent des Verdienstes der Ehefrau von der Unterstützung;

3. Eröffnung einer Wirtschaftsbefähigung in den Verhältnisse entsprechenden Höhe;

über die Schaffung einer Roten Garde in der Provinz. Nachdem ich die Verbindung mit den einzelnen Stellen geschaffen, und die nötige Information über die dort befindlichen sympathisierenden Truppenteile wie auch über die Kriegsarzeneien, Militärdepots usw. erhalten habe, veranlaßte ich alles Notwendige, um dort unsere Parteitätigkeit zu steigern. Außerdem wurden nach den wichtigsten Zentren aus Moskau Organisationsgeschick, wie z. B. nach der Munitionsfabrik Zula, nach Rajowo usw. Eine besondere Aufmerksamkeit wurde dem Rajon Samostworeschje, den dort befindlichen Truppenteilen und dem großen Simonowischen Depot gewidmet. Genosse Demidoff war mit der gesamten Arbeit in den Artillerieverbänden beauftragt. Auch ich besuchte oft diese Werke, beaufsichtigte und gründete Zellen und stellte die Menge der brauchbaren Kriegswaffen, namentlich der Geschütze, deren es ungefähr 400 gab, fest.

Genau so wurde den Automobil- und Radfahrerkompanien, die sich im Rajon Sobchatt befanden und den Panzerwagenbrigaden eine äußerst große Bedeutung beigelegt. Die Automobilbrigade stellte sich bald auf unsere Seite und wir hatten dort eine allerdings starke, aber ziemlich kleine Zelle. Das Kommandeur-Sortet bestand aus mit den Kadetten und SR sympathisierenden Elementen. Die stark aufwachsende und die Mannschaft von jeder anderen Bevölkerungspartei.

Einige Genossen beauftragten wir mit der Arbeit im Aviationsspart, wo es zu dieser Zeit eine Menge von Maschinengelehrten, Automobilisten, Motoristen und anderem Kriegsmaterial gab. Die Zelle war dort zufriedenstellend organisiert, in der Masse herrschte aber eine äußerst unbestimmte Stimmung, die sich zuweilen zugunsten der provisorischen Regierung gestaltete.

Auf der Michelson-Fabrik wurden Handgranaten gefertigt. Eine Gruppe von Instruktionen leitete diese Arbeit und beschäftigte sich oft selbst damit. Eine aktive Rolle spielte Pan, Feldmann und andere. Genosse Pan leistete viel durch Beschaffung von Sprengmitteln, durch Arbeiter einer der Fabriken.

Genosse Berlin, als Offizier des Regiments Nr. 56, das in Krenul stand, war mit der Organisationsarbeit in seinem Regiment betraut. Hier war aber eine ziemlich starke SR-Tendenz zu fühlen, da das Kommandeur-Sortet zum bedeutenden Teil aus mit den SR sympathisierenden Elementen bestand.

(Fortsetzung folgt)

Die Rote Garde

Nachfolgende Schilderungen sind dem Buche „Oktoberevolution“ (herausgegeben vom Komitee zur Erforschung der Parteigeschichte, „Ispar“) entnommen und geben den Bericht eines Beteiligten, des Genossen Vetsche, über die Vorbereitungsarbeiten und Kämpfe der kommunistischen Partei Moskaus kurz vor der Eroberung der Macht, während der Kerenski-Periode, wieder. Während es den Arbeiter- und Soldatenräten in Westgrad verhältnismäßig leicht gelang, die Macht in die Hand zu bekommen, waren sowohl die Vorbereitungsarbeiten wie auch die Kämpfe in Moskau bedeutend schwieriger und opferreicher.

Nach der Märzrevolution hatten sich die Arbeiter der Stadt und des Gouvernements Moskau z. Z. auf Anregung der unterirdischen Bolschewisten mit den von der Märzrevolution zurückgebliebenen Waffen ausgerüstet. Solche Waffen waren z. B. in den Betrieben „Motor“, „Motor“ in der Flugzeugfabrik, in der Telefonfabrik, in der Fabrik des Kriegsinstrumenten und im Kommerzialinstitut zurückgeblieben.

Die Ausrüstung bestand hauptsächlich aus Revolvern, die Prototyp für die Gewandarmee bestimmt hatte. Es gab ungefähr 20000 solche Revolver, leider war aber ein bedeutender Teil in die Hände der Klein- und Mittelbourgeoisie geraten.

Ich arbeitete gerade in den Betrieben Zindel und Avia-Motor. Dort traf ich bald nach der Märzrevolution meine Genossen aus 1905, die von Zwangsarbeit und Verbannung aus der Emigration zurückgekehrt waren. Es waren dies: Karl Nimmna, Kolesch, Smirnov, Peter Aratunjan, Feldmann, Pana, B. Sternberg, Wedjornisoff und andere.

Sie allerersten Zellen organisierte ich ganz illegal aus einer kleinen Gruppe klassenbewußter Arbeiter, deren Kern Arbeiter von den Petricen „Avia-Motor“, Michelson der Seilepompfabrik, der Fabrik des Kriegsinstrumenten und anderen bildeten. Mit der Leitung dieser Gruppen beauftragte ich alte erfahrene „Unterirdische“. Das war nötig, damit die jungen, sehr aufrechten aber impulsive Kämpfer nicht durch ihre eigene Impulsivität sich zu Kämpfen hinreißen ließen, was die planmäßige, planmäßige, organisatorische Arbeit zur Vorbereitung eines, wenn auch kleinen Aufstandes von Kämpfern gehindert hätte. Ich hielt einige Vorträge und habe die führenden Genossen lehrhaft vorbereitet und instruiert. Die

gesamte Ausbildung wies aber einen tief parteilichen und halb einen Massencharakter auf. Einen rein parteilichen Charakter der Ausbildung ließ ich nicht zu.

Wir besorgten uns mit allen Mitteln vor der sich zerkleinernden Armee Waffen, mit denen wir uns ausrüsteten.

Die im Juli stattgefundenen bewaffneten Demonstrationen in Moskau bildeten einer der ersten Verluste zur Eroberung unserer Organisations- und Aktivität. Es war uns bekannt, daß die Kerenski-Regierung den Befehl ausgeben hatte, keine Demonstrationen zuzulassen und Fahnen mit den Wölfen „Für die Struktur des Proletariats“. Wieder mit der Kooperationsregierung „Lernunterrichten“. Es wurde daher angeordnet, alle zur Verfügung stehenden Waffen mitzunehmen; in allen Rayonen der Stadt Moskau verlammeten sich die Arbeiter zu einer festgesetzten Zeit beim Rayonkomitee oder dem Sowjet, wo unsere militärischen Kadern, ohne im geringsten bemerkt zu werden, die Demonstrationen in geschlossenen Reihen ordneten, wobei der Zug auf beiden Seiten von den bewaffneten Genossen umgeben war.

Das gesamte bürgerliche Publikum befand sich auf der Straße und war den Demonstrationen gegenüber feindselig gestimmt. Der feindselige Elemente gab es viel mehr als der Demonstrationen, wobei unter dem feindseligen Publikum die Offiziere im Mebergewicht waren. Ich führte die Kolonne des Rajons Samoborjtschje, die eine der stärksten war. Auf dem Wege bekamen wir ziemlich viel mit unsern Gewehren zu tun, die sich nicht nur ihrer Fäulnis, sondern auch eifriger Handschuhe bedienten.

Unsere Kolonne nahm den Weg ohne einen einzigen Schuß einige Duzend Revolver weg. Die Disziplin der Unseren war außerordentlich stark; mein Befehl: unter keinen Umständen die Feuerwaffe in Anwendung zu bringen, wurde tadellos durchgeführt. Es gab interessante Episoden. Als wir uns durch eine riesige Menge Bahn brechen mußten und mit großer Mühe vom Stobels-Platz auf die Dzerzjajew-Gasse gelangten, fiel die Offiziers- und Bourgeoisie-Menge besonders während über uns her. Auf meinen Ruf: „Vorwärts“, gingen wir weiter und machten uns mit Gewalt Weg.

Wir, namentlich die, die sich an der Spitze des Zuges befanden, bekamen zuweilen hübsche Stöße; aber trotzdem viel mit Nagelknäueln und Eisenhandschuhen geschlagen wurden, schülten sie am folgenden Tag weder Schmerzen noch Müdigkeit.

Ein kräftiger Bourgeois verlor Arutunjan einen so starken Schlag, daß dieser fast

zusammenbrach. Arutunjan verlor hierauf die Geduld, verwarf die Disziplin und griff nach seinem Drowning. Es gelang mir aber noch, ihn am Schießen zu verhindern. Wir fuhren fort, uns weiter mit Gewalt den Weg zu bahnen und kamen in die Kondewski-Gasse, wo sich das Moskauer Komitee befand. Nach einem feierlichen Protestmeeting und der Annahme einer Resolution, in der es hieß: „Nieder mit der bürgerlichen Koalition und den Sozialverrättern“, gingen die Demonstrationen auseinander.

Die Prüfung auf Disziplin und Organisationsfähigkeit hatten wir somit mit Erfolg bestanden. Die Stimmung der Masse wurde demzufolge noch begeheter. Wir stellten fest, daß eine große organisierte, bewaffnete Macht notwendig ist und die Lösung einer Roten Garde aus Arbeitern hat gefestigt. Das Parteikomitee fing an, Mitteilungen über Erfolge in der Organisation einer Roten Garde zu erhalten. Ich widmete dieser Frage die höchste Aufmerksamkeit und organisierte in vielen Betrieben eine militärische Ausbildung unter der Leitung des Schutzes der Eroberung der Märzrevolution. Die Aktivität der Arbeitermassen stieg ununterbrochen. Ich wurde vom Moskauer Komitee zum Organisator der Moskauer Roten Garde bestimmt. Nach einigen Fragen stellte die bolschewistische Fraktion des Moskauer Sowjets die Bildung einer Roten Garde aus Arbeitern auch im Plenum des Sowjets auf die Tagesordnung. Die Menschewisten und SR mobilisierten ihre Anhänger bis auf den letzten Mann und lehnten den Vorschlag mit einer nicht besonders großen Mehrheit ab.

Da wir gesehen hatten, daß die Arbeiter und ein Teil der kleinbürgerlichen Intelligenz eine Rote Garde wollen, während ihre Gegner bloß aus Kadetten und ihren Helfershelfern, den SR und Menschewisten bestehen, so haben wir, wenn es auch offiziell nicht möglich war, die Bildung von Kadern der Roten Garde in den einzelnen Rayonen praktisch vollzogen. Es wurde ein Stab der Moskauer Roten Garde mit dem Professor B. R. Sternberg an der Spitze gebildet; ich war sein Vertreter und Mitglieder des Stabes waren: Malinowski, Oskar Berlin, Simin und Kassin. Nach dem gleichen Prinzip wurden unsere Städte in den einzelnen Rayonen gebildet und eine mehr oder minder regelrechte Ausbildung der Arbeiter wurde organisiert.

Warwara Nikolajewna Zatonolewa schickte nach mir und beauftragte mich mit der Vorbereitung eines Referates über die Organisation einer Roten Garde in Moskau Gebiet, wo das in hohen Grade notwendig war. Mit Ende der Bezirkskonferenz sprach ich mit Zeit-

nehmen, die sich für diese Frage interessierten, über die Schaffung einer Roten Garde in der Provinz. Nachdem ich die Verbindung mit den einzelnen Stellen geschaffen, und die nötige Information über die dort befindlichen sympathisierenden Truppenteile wie auch über die Kriegsarzeneien, Militärdepots usw. erhalten habe, veranlaßte ich alles Notwendige, um dort unsere Parteitätigkeit zu steigern. Außerdem wurden nach den wichtigsten Zentren aus Moskau Organisationsgeschick, wie z. B. nach der Munitionsfabrik Zula, nach Rajowo usw. Eine besondere Aufmerksamkeit wurde dem Rajon Samostworeschje, den dort befindlichen Truppenteilen und dem großen Simonowischen Depot gewidmet. Genosse Demidoff war mit der gesamten Arbeit in den Artillerieverbänden beauftragt. Auch ich besuchte oft diese Werke, beaufsichtigte und gründete Zellen und stellte die Menge der brauchbaren Kriegswaffen, namentlich der Geschütze, deren es ungefähr 400 gab, fest.

Genau so wurde den Automobil- und Radfahrerkompanien, die sich im Rajon Sobchatt befanden und den Panzerwagenbrigaden eine äußerst große Bedeutung beigelegt. Die Automobilbrigade stellte sich bald auf unsere Seite und wir hatten dort eine allerdings starke, aber ziemlich kleine Zelle. Das Kommandeur-Sortet bestand aus mit den Kadetten und SR sympathisierenden Elementen. Die stark aufwachsende und die Mannschaft von jeder anderen Bevölkerungspartei.

Einige Genossen beauftragten wir mit der Arbeit im Aviationsspart, wo es zu dieser Zeit eine Menge von Maschinengelehrten, Automobilisten, Motoristen und anderem Kriegsmaterial gab. Die Zelle war dort zufriedenstellend organisiert, in der Masse herrschte aber eine äußerst unbestimmte Stimmung, die sich zuweilen zugunsten der provisorischen Regierung gestaltete.

Auf der Michelson-Fabrik wurden Handgranaten gefertigt. Eine Gruppe von Instruktionen leitete diese Arbeit und beschäftigte sich oft selbst damit. Eine aktive Rolle spielte Pan, Feldmann und andere. Genosse Pan leistete viel durch Beschaffung von Sprengmitteln, durch Arbeiter einer der Fabriken.

Genosse Berlin, als Offizier des Regiments Nr. 56, das in Krenul stand, war mit der Organisationsarbeit in seinem Regiment betraut. Hier war aber eine ziemlich starke SR-Tendenz zu fühlen, da das Kommandeur-Sortet zum bedeutenden Teil aus mit den SR sympathisierenden Elementen bestand.

(Fortsetzung folgt)

